Sie dürfen aber nicht dazu mißbraucht werden, um den Arbeitern einzureden, daß ihr Interesse in der Zollfrage mit dem der Industrie durchwegs einheitlich sei, und daß das Profitinteresse der letzteren auch das Lohninteresse der Arbeiter unbedingt in sich schließe. Wenn Verfechter des staatsrechtlichen Partikularismus und gewisse Wirtschaftspolitiker in Oesterreich-Ungarn die Arbeiter mit der Behauptung schrecken wollen, daß die erleichterte Ausfuhr ungarischer Landwirtschaftsprodukte die Ernährung der österreichischen Arbeiter erschweren oder doch verteuern würde, so ist diese Behauptung ebenso wenig ernst und stichhaltig wie die, daß die österreichische Industrie der deutschen Konkurrenz rettungslos erliegen müsse. Als ob ihr jemals ein ärgerer Schaden hätte zugefügt werden können als durch die Agrarpolitik, die die Balkanstaaten in die Arme Rußlands trieb! Darum darf auch die derzeit kühle Haltung der Agrarier und Industriellen in Ungarn — in Oesterreich ist eine solche Ablehnung nicht vorhanden, vielfach trifft sogar das Gegenteil zu — die Arbeiter Oesterreich-Ungarns nicht davon abhalten, die Annäherung an Deutschland in zoll- und handelspolitischer Beziehung zu betreiben. Wenn irgendeine Klasse der Monarchie, so hat die Arbeiterschaft ein klares Interesse daran, aus der Enge der Verhältnisse herauszukommen. Dazu aber würde ein Zollverband wesentlich beitragen, der den Absatzmarkt erweitern und in weiterer Folge auch die sozialwirtschaftlichen Tendenzen und Interessen des Proletariats fördern würde.

---

## Kriegsgeschichtliche Probleme.

Von **Fr. Mehring.**

In dem Siegesrausche des Jahres 1871 entfuhr einem Festredner — irren wir nicht, in der guten Seestadt Leipzig — das geflügelte Wort: Nun soll uns noch mal einer als „Volk der Denker und Dichter" verketzern. Der unfreiwillige Scherz wurde damals viel belacht, doch zeigte sich im Laufe der Jahrzehnte, daß in dem verunglückten Festredner immerhin ein Stückchen von einem Propheten steckte. Besonders was in dem gegenwärtigen Kriege die deutschen Poeten und Professoren geleistet haben, wird allerdings die deutsche Nation nirgends und unter keinen Umständen in den Verdacht bringen, vor anderen Nationen ein „Volk der Denker und Dichter" zu sein.

Und die Poeten haben diesen Anspruch vielleicht noch gründlicher vernichtet als die Professoren. Wir denken dabei gar nicht einmal an die massenhafte Produktion von Kriegsgedichten, die an jedem neuen Tag auftauchen, um am nächsten Tage schon vergessen zu sein. Das ist ein leidiges Uebel, das man mit in den Kauf nehmen kann, da es nicht mehr kostet als Druckerschwärze und Papier. Aber wirklich bemerkenswert ist, daß auch Dichter, denen man nicht das Recht bestreiten kann, sich so zu nennen, die Dehmel und Hauptmann und Holz und wie sie sonst heißen, in ihrer Kriegspoesie so gänzlich versagen, versteht sich ästhetisch, und nicht etwa politisch versagen. Denn es kommt nicht darauf an, ob sie sich so oder so zum Kriege stellen, sondern ob sie den ungeheuren Leidenschaften, die dieser Krieg entfesselt, in der einen oder der anderen Weise das gestaltende Wort

zu leihen wissen. Daran fehlt es gänzlich. Sie bringen es nicht über die bizarre Laune hinaus, die sich abquält, „originell" zu sein, denen zur Rechtfertigung, die von jeher in der „Moderne" niemals das strahlende Morgenrot einer aufsteigenden, sondern höchstens die melancholische Abendröte einer absteigenden Kultur erblickt haben.

Ein rechtes Muster dieser Gattung ist das Büchlein: Friedrich und die große Koalition, das Thomas Mann kürzlich veröffentlicht hat. Der Verfasser der „Buddenbrooks" ist sicherlich ein Dichter, der bisher einige Ansprüche erheben durfte, aber um so schlimmer für ihn, wenn er in seinem Beitrage zur literarischen Würdigung des Krieges nicht einmal den bescheidensten Ansprüchen gerecht zu werden weiß. Aus Mangel an wirklichem Geistesreichtum gefällt er sich in einer „Geistreichigkeit", die jeden Leser, dem die sinnliche Sprache des wirklichen Lebens noch nicht versagt ist, auf die Dauer einfach rädert. Dabei läuft die „poetische" Gestaltung seines Stoffes auf die Wiederaufwärmung des verschlissensten Anekdotenkrams hinaus, wie er selbst in den patriotischen Schulbüchern nicht mehr geduldet wird: auf die Verachtung, die Friedrich der Pompadour bezeigt, und den schwesterlichen Gruß, den ihr Maria Theresia gesandt haben soll und was dergleichen Ursachen der „großen Koalition" mehr sind

Interessant ist aber die „originelle" Wendung, die Thomas Mann den alten Scharteken gibt. Er gesteht zu, daß der alte Fritz bei alledem ein höchst fragwürdiger Genius und im Grunde ein recht unleidlicher Geselle gewesen sei, aber so sagt er: „Er war ein Opfer. Er mußte unrecht tun und ein Leben gegen den Gedanken führen, er durfte nicht Philosoph, sondern mußte König sein, damit eines großen Volkes Erdensehnen sich erfülle." Und weiter heißt es: „Deutschland ist heute Friedrich der Große. Es ist sein Kampf, den wir zu Ende zu führen, den wir noch einmal zu führen haben. Die Koalition hat sich ein wenig verändert, aber es ist sein Europa, das im Haß verbündete Europa, das uns nicht dulden, das ihn, den König, noch immer nicht dulden will, und dem noch einmal in zäher Ausführlichkeit, in einer Ausführlichkeit von sieben Jahren vielleicht, bewiesen werden muß, daß es nicht angängig ist" — Wustmann würde sagen: nicht angeht — „ihn zu beseitigen. Es ist auch seine Seele, die in uns aufgewacht ist, diese nicht zu besiegende Mischung von Aktivität und durchhaltender Geduld, dieser moralische Radikalismus, der ihn den andern so widerlich zugleich und entsetzlich, wie ein fremdes und bösartiges Tier, erscheinen ließ." Und in diesem Gallimathias geht es weiter.

Nun ist Thomas Mann so „geistreich", daß nur die „geistreichsten" Blätter der bürgerlichen Presse, wie das „Berliner Tageblatt", seinem dichterischen Schwunge gewachsen sind und ihn lobpreisen. Andere, wie der „Hamburgische Korrespondent", urteilen wie der alte Feldmarschall Möllendorf über Scharnhorsts Reformen: „Das ist vor mir zu hoch". Sie erkennen zwar an, daß Thomas Mann „turmhoch erhaben sei über die fatalen Skribenten eines gesuchten und unlauteren Patriotismus", aber sie tadeln, daß er „in seinem schriftstellerischen Hochmut sich der Sünde wider den Geist des großen Königs schuldig gemacht habe, die ihm Friedrichs Erben und Jünger nicht verzeihen können".

In diesen Streit wollen wir uns nicht mischen. Dagegen enthält der Versuch Thomas Manns, die große Koalition von 1914 aus der großen

Koalition von 1756 zu erklären, insofern ein Körnlein Salzes, als sich, wenn anders die kapitalistische Entwickelung des innern historischen Zusammenhanges nicht entbehrt, gewisse Vergleichspunkte zwischen dem Weltkriege des achtzehnten und dem Weltkriege des zwanzigsten Jahrhunderts ergeben müssen. Sie liegen freilich tiefer oder, wenn man so will, höher als wo Thomas Mann sie sieht, indem er den preußischen König von ehedem und die deutsche Nation von heute „widerlich und zugleich entsetzlich", „wie ein fremdes und bösartiges Tier" erscheinen läßt. Aber um so eher wird es sich lohnen, ihnen nachzuspüren und aus dem Spiegel der Vergangenheit einige Erkenntnis für die Probleme der Gegenwart zu gewinnen.

## I.

Will man den Weltkrieg des achtzehnten Jahrhunderts richtig beurteilen, so muß man bis auf die Wurzel die Anschauung ausrotten, als sei der preußische König Friedrich sein Held gewesen, der durch den Widerstand gegen eine „große Koalition" „eines großen Volkes Erdensehnen" erfüllt habe. Man mag die diplomatischen und kriegerischen Fähigkeiten Friedrichs so hoch schätzen wie man will: das Ergebnis des Siebenjährigen Krieges war für den preußischen Staat und mittelbar für ganz Deutschland nichts anderes, als jene Abhängigkeit von Rußland, deren unermeßliches Leid sich der deutschen Nation so tief eingeprägt hat, daß noch im Beginn des gegenwärtigen Weltkrieges die Parole des „Kampfes gegen den Zarismus" eine lodernde, wenn auch keineswegs erleuchtende Begeisterung hervorrief. Um dieses Ergebnisses willen hätte es sich wahrhaftig gelohnt, die Kriegsfackel in drei Weltteilen zu entzünden.

Spielt man die Frage selbst nur einmal auf das Gebiet der persönlichen Heldenverehrung hinaus, was natürlich nicht unsere Sache ist, so bietet der Siebenjährige Krieg immerhin ganz andere Helden, als den preußischen König. Schon in seinen Vorstadien treten zwei Männer auf, die heute noch mit dem Klange ihrer Namen weltweite Aussichten eröffnen. In den nordamerikanischen Grenzstreitigkeiten zwischen englischen und französischen Ansiedlern hatte die englische Ohiogesellschaft ihren Feldmesser George Washington beauftragt, große Wiesen im Ohiobecken zu besetzen; mit Hilfe von 150 Milizen, die er als Oberst befehligte, errichtete Washington ein Pfahlwerk, doch wurde er bald durch die französische Uebermacht vertrieben. Als die englische Regierung, um die Schmach zu rächen, ein paar Regimenter hinübersandte, die, schlecht ausgerüstet und schlecht geführt, im Alleghany-Gebirge einmal dem Verhungern nahe waren, wurden sie wenigstens vor diesem jämmerlichen Ende durch Benjamin Franklin gerettet, der in Philadelphia 300 Pfund gesammelt und dafür Schlachtvieh und sonstige Lebensmittel für die englischen Truppen erworben hatte.

Ein anderer Held des Siebenjährigen Krieges, mehr von abenteuerlich-romantischem Schlage, war jener Robert Clive, der, hoffnungsloser und von seiner Familie aufgegebener Tunichtgut, als armseliges Schreiberlein im Dienste der ostindischen Kompagnie nach Madras abgeschoben worden war und nach zweimaligen Selbstmordversuchen den Beruf in sich entdeckte, Indien mit seinen märchenhaften Schätzen für sein englisches Vaterland zu erobern. Den entscheidenden Schlag führte er in der Schlacht bei Plassey,

fünf Tage nach der Schlacht bei Kolin, in einer Schlacht, die nicht nur in ihren weltgeschichtlichen Folgen, sondern auch als rein militärische Leistung weitaus alle Siege Friedrichs überstrahlt. Bei Plassey schlug Clive mit 3000 Mann ein Heer von fast 60 000 Mann indisch-französischer Truppen in wilde Flucht, aber wenn jedes Schulkind von Kolin zu erzählen weiß, so wird Plassey selbst in der Darstellung, die gelehrte Historiker von dem Siebenjährigen Kriege gegeben haben, höchstens nebenbei oder auch, wie selbst von Carlyle, gar nicht erwähnt.

Den wirklichen Charakter des Siebenjährigen Krieges hat William Pitt, der ebenfalls in der Geschichte ungleich tiefere Spuren hinterlassen hat als Friedrich, in dem Worte zusammengefaßt, Deutschland sei das Schlachtfeld gewesen, auf dem die Lose über Nordamerika und Ostindien geworfen worden seien. Diese trockene Erkenntnis des englischen Ministers steht unendlich hoch über der tiefsinnigen Weisheit des Meisters Ranke, Friedrich sei in den Siebenjährigen Krieg geraten, weil er eine französische Invasion in Deutschland habe hindern wollen, was Schüler Sybel dann noch viel tiefsinniger dahin vertieft hat, daß der preußische König die furchtbaren Gefahren des Siebenjährigen Krieges auf sich genommen habe, damit Belgien und infolgedessen das linke Rheinufer nicht französisch werde.

So etwas schrieb der weiland Generaldirektor der preußischen Staatsarchive zusammen, während er gar nicht einmal in diesen Archiven zu forschen, sondern nur die längst veröffentlichte Histoire de mon temps des Königs aufzuschlagen brauchte, worin es wörtlich heißt: „Man braucht nur eine geographische Karte in die Hand zu nehmen, um sich zu überzeugen, daß die natürlichen Grenzen dieser Monarchie (nämlich der französischen) sich bis zum Rhein auszudehnen scheinen, dessen Lauf ausdrücklich geregelt zu sein scheint, um Frankreich von Deutschland zu trennen, ihre Grenzen zu bezeichnen und als Schranke ihrer Herrschaft zu dienen." So schrieb der König im Jahre 1746, und zehn Jahre später soll er sich in einen verheerenden Krieg gestürzt haben, um das linke Rheinufer vor der französischen Habgier zu schützen!

Aber auch Ranke, jener „unvergleichliche" Historiker, dessen ideologische Geschichtsauffassung heute noch mit Vorliebe gegen den historischen Materialismus ausgespielt wird, stellte die Dinge einfach auf den Kopf, wenn er behauptete, Friedrich sei in den Siebenjährigen Krieg geraten, weil er eine französische Invasion in Deutschland habe hindern wollen. Genau das Gegenteil ist richtig. Friedrich geriet in den Siebenjährigen Krieg, weil sein Versuch scheiterte, die Franzosen zu einem Einbruch in Deutschland zu veranlassen.

Sobald sich der amerikanische Interessenkonflikt zwischen England und Frankreich zuspitzte, entbot Friedrich eines schönen Tages im Frühjahr 1755 den französischen Gesandten in Berlin nach Potsdam und sagte ihm, absichtlich in formlos abgerissener Weise: „Wissen Sie, mein Herr, welchen Entschluß ich in der gegenwärtigen Lage fassen würde, wenn ich der König von Frankreich wäre? Ich würde, sobald die Engländer eine Feindseligkeit gegen Frankreich begingen, wie sie es im Mittelmeer getan haben sollen, ein beträchtliches Truppenkorps nach Westfalen marschieren lassen, um es unverzüglich in das Kurfürstentum Hannover zu werfen. Das ist das

sicherste Mittel, diesem — die Flötentöne beizubringen." Sprachs und ließ den verblüfften Gesandten stehen, der in seinem Bericht nach Versailles das „kavaliermäßige Epitheton" unterdrückte, womit Friedrich seinen königlichen Oheim von England beehrt hatte. Daß er sich sonst aber nicht verhört hat, ergibt die schriftliche Instruktion, womit der König den preußischen Gesandten in Paris anwies, „von sich aus" der französischen Regierung den Marsch nach Hannover zu empfehlen.

Man darf nun freilich nicht annehmen, daß der König schlechter dasteht, weil er nicht von den „nationalen" Motiven geleitet worden ist, die ihm die Ranke und Sybel unterschieben. Hätte er sich von solchen Motiven leiten lassen — was nach Lage der Dinge tatsächlich ausgeschlossen war —, so hätte er den Don Quichotte seiner Zeit gespielt. Was er wirklich tat, machte seinem politischen Blick alle Ehre; er schlug den einzigen Weg ein, auf dem verhindert werden konnte, daß ein europäischer Brand aus der Kriegsflamme entstehen konnte, die sich im amerikanischen Walde entzündet hatte.

## II.

Bis zum Ausbruch des Siebenjährigen Krieges schwebte das europäische Gleichgewicht zwischen dem Dreiverbande England-Oesterreich-Rußland und dem Zweiverbande Frankreich-Preußen.

Wenn man die diplomatischen Akten der Zeit durchmustert, wie sie seitdem scheffelweise aus den Archiven herausgeschaufelt worden sind, so steht man inmitten eines sich unablässig durchkreuzenden Netzes von Intrigen und Kabalen, in denen es fast unmöglich scheint, einen vernünftigen Zusammenhang zu entdecken, bis man schließlich dahinter kommt, daß all dies Behorchen und Bespionieren und Bestechen, daß all die Günstlings- und Mätressenwirtschaft, daß alle die großen und kleinen Palastrevolutionen sich gegenseitig aufheben und die historischen Existenzbedingungen der Staaten sich schließlich mit unwiderstehlicher Gewalt durchsetzen. Mitunter verkörperte sich diese gegenseitige Aufhebung in einer einzelnen Person, wie dem russischen Großkanzler Bestuschew, der sich mit musterhafter Unparteilichkeit von allen auswärtigen Mächten gleichmäßig bestechen ließ, aber eben deshalb schon nichts anderes tun konnte und tat, als was ihm die russischen Interessen vorschrieben.

Rußland war damals mit Oesterreich aufs engste verbunden durch dieselben Fragen, die sie heute zu Todfeinden machen. Noch versperrte das osmanische Reich den Zugang zur unteren Donau und zum Schwarzen Meere; noch errang es Siege über die christliche Welt und konnte nur durch eine gemeinsame Aktion in Schach gehalten oder gar bezwungen werden. Mit England wieder war Rußland dadurch nahe verknüpft, daß es von ihm so gut wie alle Industrie- und Kolonialwaren bezog, während für England, das noch kein indisches Reich und in Amerika nur spärliche Kolonien besaß, der Ostseehandel eine Lebensfrage war. England und Oesterreich endlich waren durch die Blut- und Feuertaufe langjähriger Kriege gegen die französische Vorherrschaft in Europa zu engen Bundesgenossen geworden, so daß Oesterreich bei den britischen Historikern und Parlamentsrednern schon sprichwörtlich der „alte Alliierte" hieß; mit geringen Unterbrechungen hatten sie fast ein Vierteljahrhundert, von 1689 bis 1713 gegen Ludwig XIV. Schulter an Schulter gekämpft; in dem österreichischen Erbfolgekriege von

1741 bis 1748 hatten sie gemeinsam den französischen Angriff auf Oesterreich zurückgeschlagen.

Jedoch Frankreich behauptete noch immer die erste Stelle in Europa. Es hatte manches verloren, und die Spuren inneren Verfalls traten so sichtbar hervor, daß Lord Chesterfield schon im Jahre 1753 das berühmt gewordene Wort niederschreiben konnte: „Alle Anzeichen, die je in der Geschichte als Vorläufer großer Revolutionen vorgekommen sind, finden sich jetzt in Frankreich und mehren sich täglich.“ Aber dennoch — groß war die Macht Frankreichs noch immer. In Kanada wie in Indien bot es weitaus den Engländern die Spitze. Dem erobernden Vordringen des russischen Bären klopfte es überall nachdrücklich auf die Tatzen: in Schweden, wo das Bündnis Richelieus mit Gustav Adolf noch nachwirkte, in Polen, wo die Wahl eines französischen Prinzen zum König auf der ständigen Tagesordnung stand; in der Türkei, wo der französische Diplomat und der französische Kaufmann am meisten galten. In Italien hielt das Haus Bourbon dem Hause Habsburg-Lothringen mindestens das Gleichgewicht, und nun gar in Deutschland war es ihm überlegen.

Von jeher hatte sich hier der politische und religiöse Protestantismus mit Frankreichs Hilfe behauptet, und wenn auch der Versuch Frankreichs, in dem Kriege von 1741 bis 1748 mit Hilfe deutscher Fürsten die österreichische Macht zu zertrümmern, mißlungen war, so hatte Frankreich ihr doch einen neuen furchtbaren Feind geschaffen, der die Wiener Hofburg in ewiger Angst und Sorge erhielt: die neue Großmacht Preußen. Nur mit französischer Hilfe hatte der König Friedrich Schlesien erobern, dem Hause Habsburg die wertvollste Provinz entreißen können; Friedrich selbst hielt sein Bündnis mit Frankreich für so unlöslich, daß er Elsaß-Lothringen und Schlesien mit zwei Schwestern verglich, von denen die eine den König von Frankreich und die andere den König von Preußen geheiratet habe. So stand dem Dreiverbande England-Oesterreich-Rußland der Zweiverband Frankreich-Preußen gegenüber.

Seit der Eroberung Schlesiens galt Preußen als die fünfte Großmacht. Nicht als ob es sich an Bevölkerungsziffer oder an Flächeninhalt, nun gar bei seinen zerrissenen Grenzen, mit einer der übrigen Großmächte hätte messen können; darin war ihm jede der anderen mindestens um das Dreifache überlegen. Aber gerade wenn man einen Blick auf die Zusammensetzung der an sich nahezu winzigen Bevölkerungsziffer von 4 200 000 Menschen wirft, fängt man an zu begreifen: während sonst 10 000 Soldaten auf eine Million Einwohner als das höchste Maß militärischer Leistungsfähigkeit galten, unterhielt Preußen ein stehendes Heer von 150 000 Mann, also nahezu das Vierfache der sonst irgend für die Lebens- und Leistungsfähigkeit der Bevölkerungen als zulässig erachteten Zahl.

Und dieses Heer war für den Krieg ausgerüstet wie kein anderes. Als der Siebenjährige Krieg ausbrach, befanden sich im preußischen Kriegsschatze an barem Gelde über 16 Millionen Taler, was nach der Meinung des Königs für drei Feldzüge ausreichte. Für jeden Infanteristen war eine Uniform in Reserve, für die Artillerie Munition auf zwei Feldzüge vorhanden. Bei der entscheidenden Bedeutung, die damals die Magazinverpflegung hatte, wurde soviel Getreide und Mehl aufgespeichert und beständig

frisch erhalten, daß 100 000 Mann auf 18 Monate verpflegt werden konnten; damit sich diese Vorräte rasch und ohne Mühe verwenden ließen, waren die Magazine längs der großen Ströme und in den Festungen angelegt. Die Festungen hatten für die damalige Kriegführung eine ungleich größere Bedeutung als für die heutige; Friedrich verglich sie mit mächtigen Nägeln, die die Provinzen des Staates zusammenhielten. Namentlich Schlesien verwahrte er mit diesen Bollwerken: Kosel, Neiße, Glatz und Schweidnitz in erster, Brieg, Breslau und Glogau in zweiter Linie. Die schlesischen Festungen sicherten die neue Eroberung gegen feindliche Angriffe; sie boten zugleich feste Stützpunkte bei einem eigenen Angriff auf Böhmen und Mähren.

So konnte die jüngste und kleinste der Großmächte binnen sechs Tagen — denn länger dauerte die preußische Mobilmachung nicht — ein Heer auf die Beine bringen, dem keine der älteren und so ungleich größeren Großmächte binnen gleicher Frist und in gleicher Schlagfertigkeit eine ebenbürtige Macht entgegenstellen konnte. Es war nicht übertrieben, wenn der König seinen Generalen sagte: „Ein General, der bei anderen Völkern vor verwegen passiret, tut bei uns nur, was nach den ordinären Regeln erfordert wird, er kann alles, was Menschen zu exekutiren möglich ist. Unsere Truppen sind so trefflich und so agil, daß sie sich in einer Zeit von Nichts en bataille formieren, und man kann fast niemals von einem Feinde überfallen werden, weil ihre Bewegung sehr schnell und geschwind ist. Wollet ihr euch des Schießgewehrs bedienen: welche Truppen machen ein so starkes Feuer wie die unsrigen? Die Feinde sagen, daß man vor dem Rachen der Hölle stände, wenn man gegenüber unserer Infanterie stehen müsse. Wollet ihr, daß unsere Infanterie nicht anders als mit dem Bajonett attaquiren soll: welche Infanterie wird besser als sie, mit einem starken Antritt, ohne zu wanken, an den Feind marschieren?" Und so weiter. Aber so berechtigt der Stolz des preußischen Königs auf sein Heer sein mochte, so wirkte dies stets kriegsbereite Heerlager in der Mitte Europas begreiflicherweise ganz anders auf die Nachbarstaaten. Für sie war es eine stete Quelle der Beunruhigung.

Der Göttinger Historiker Max Lehmann, ein gründlicher Kenner der preußischen Heeresgeschichte, sagt darüber: „Darf man sich wundern, daß über die Nachbarn eine sonderbar aus Achtung, Grauen und Erbitterung gemischte Empfindung kam?" In Deutschland selbst steigerte sich diese Empfindung zu offenbarster Abneigung. Selbst Treitschke verwahrt sich gegen die beschönigende Redensart, der „tiefe Haß der Nation" gegen den preußischen Militarismus sei nichts als verhaltene Liebe gewesen. „Nur der dröhnende Gleichtritt der Potsdamer Riesengarde, der barsche Kommandoruf der Offiziere und das Jammergeschrei der durch die Gasse gejagten Deserteure klang aus der dumpfen Stille des großen Kerkers ins Reich hinüber." Klassische Zeugen für dieses Verhältnis sind namentlich auch unsere Klassiker; Herder und Klopstock wurden preußische Militärflüchtlinge, und es ist bekannt, was Lessing über das „sklavischste Land" in Europa und nun gar Winckelmann über den „preußischen Despotismus" zu sagen hatte, der ihm die Haut vom Wirbel bis zur Zehe schaudern machte.

In der Tat setzte das preußische Heerwesen jener Zeit eine Erniedrigung und Verknechtung der Bevölkerung voraus, die, wenn man von dem halb barbarischen Rußland absieht, in Europa sonst nicht mehr möglich war.

Das schlagendste Beispiel dafür bietet Oesterreich, dessen Heeresgeschichte von 1746 und 1756 unter diesem Gesichtspunkte von besonderem Interesse ist. Da Oesterreich den Krieg von 1740 bis 1748, der sein Dasein bedrohte, glücklich überstanden hatte, so trachtete es mit allen Kräften danach, auch den einzigen Verlust wieder einzubringen, den es in diesem Kriege erlitten hatte, nämlich Schlesien. Und es warf sich mit aller Kraft darauf, das preußische Heerwesen nachzubilden, das österreichische Heerwesen auf eine — nach den Begriffen und Möglichkeiten der damaligen Zeit — gleich hohe Stufe der technischen Vollkommenheit zu bringen. Aber diese Bemühungen stießen auf einen unüberwindlichen Widerstand; es erwies sich als unmöglich, namentlich das preußische Kantonsystem durchzusetzen, das die Massen der bäuerlichen Bevölkerung recht- und willenlos der grausamen Herrschaft der Fuchteln und Spießruten unterwarf.

Bezeichnend, wenn auch keineswegs entscheidend, war schon der Widerstand der Kaiserin Maria Theresia. So brennend ihr Verlangen nach der Wiedereroberung Schlesiens war, so konnte sie sich nicht entschließen, neben dem drückenden Geldzoll noch einen furchtbaren Blutzoll zu erheben; sie betrachtete es als eine Art Sklaverei, Gesundheit und Leben ihrer Untertanen dem Belieben von Hauptleuten und Obersten preiszugeben; besonders stieß sich die glückliche Mutter von sechzehn Kindern an dem geplanten Zölibat der kantonpflichtigen Mannschaft, „sintemalen die Ehe das einzige sei, was dem gemeinen Manne Freude und Lust mache". Nun mußte die Kaiserin zwar der „Staatsräson" weichen, aber die „Staatsräson" scheiterte schon bei dem ersten Versuche, sich durchzusetzen. Es blieb für das österreichische Heer bei der ausländischen Werbung allein, die ebenso kostspielig wie unsicher war; daß Gerät und Waffen über das Notwendigste hinaus angeschafft, ein Kriegsschatz gesammelt, Festungen ausgebaut und Magazine angelegt wurden, war bei der drückenden Finanznot des Staates völlig ausgeschlossen. So konnte Oesterreich auf eigene Faust an keinen neuen Waffengang mit Preußen denken und mußte sich nach Bundesgenossen umsehen.

Bei Rußland, das in Preußen einen gefährlichen Nebenbuhler um die polnische und schwedische Erbschaft sah, hatte es schnellen Erfolg. Bereits im Jahre 1746 schlossen beide Mächte ein Defensivbündnis; sie wollten sich gegenseitig mit 60 000 Mann unterstützen, wenn der König von Preußen eine von ihnen oder Polen angriffe. Seitdem hatte das Anwachsen der preußischen Macht in Petersburg immer mehr beunruhigt; es kam zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen, und im Mai 1753 erklärte es der russische Senat nach zweitägiger Beratung für eine „beständige Staatsmaxime" des Reichs, „sich nicht allein allem ferneren Anwachsen der preußischen Macht zu widersetzen, sondern auch die erste bequeme Gelegenheit zu ergreifen, um das Haus Brandenburg durch eine überwiegende Macht zu erdrücken und in seinen vorigen mittelmäßigen Stand wieder zu versetzen." Auf Rußland konnte Oesterreich also rechnen, allein auch damit war ihm noch nicht geholfen. Denn die russische Macht wollte damals noch nicht so sehr viel bedeuten. Der Mittelpunkt des Reiches war von der Bühne der abendländischen Politik weit entfernt, und die Straßen, die dahin führten, waren schlecht; das Beamtentum war bestechlich und liederlich, das Heer

langsam und schwerfällig und zumal gerade durch eine Umgestaltung lahmgelegt; vor allem waren die Staatseinnahmen so gering und unsicher, daß ohne fremde Subsidien an keine Kriegführung zu denken war. Oesterreich aber bedurfte weit mehr der Subsidien, als daß es sie an Rußland zahlen konnte.

Diesem entscheidenden Mangel konnte nun freilich England abhelfen. Aber England sah, so unfreundlich seine Beziehungen zu Preußen waren, doch immer in Frankreich den Hauptfeind und hatte die triftigsten Gründe, sich nicht der österreichischen Auffassung zu bequemen, die in dem unmittelbaren Angriff auf Preußen das Heil sah, um so weniger, als Oesterreich erklärte, in einem Kriege mit Frankreich könne es England nicht unterstützen, mit dem preußischen Nachbar im Rücken. „So lange die große Glocke, das Geld Englands, nicht erklingen wird", hielt sich der preußische König gegenüber allen österreichisch-russischen Zettelungen für gesichert und brauchte auch nichts zu befürchten.

Bedenklich wurde die Lage erst, wenn ein Krieg zwischen England und Frankreich ausbrach. Allein auch diese Gefahr ließ sich beschwören, wenn es ein Kolonial- und Seekrieg war. Und zu mehr brauchte der Krieg nicht zu führen, der wegen der amerikanischen Kolonien beider Mächte auszubrechen drohte. In Europa hatte England nur e i n e verwundbare Stelle: das Kurfürstentum Hannover, das mit ihm durch Personalunion verbunden war und ein Einfallstor englischer Waren auf das europäische Festland bildete. Bemächtigte sich Frankreich durch einen raschen Handstreich dieses englischen Außenpostens, was es ohne jede Gefahr und Mühe tun konnte, so war mit aller Sicherheit zu erwarten, daß England seine ganze Kraft in den Krieg auf den Meeren und in den Kolonien werfen würde.

Daraus erklärt sich, daß der preußische König seinen französischen Verbündeten aufforderte, ein deutsches Land zu besetzen. Es geschah, um den europäischen Frieden zu sichern, eine Absicht, die ihn als verständigen Politiker erscheinen läßt, während die Ranke und Sybel einen flackernden Phantasten aus ihm machen. Es ist die gerechte Strafe aller Geschichtsfälschung, daß sie am härtesten die straft, die sie verherrlichen will.

## III.

Frankreich ging jedoch auf Friedrichs Vorschlag nur so weit ein, als es ihm zumutete, selbst Hannover zu besetzen. Es betrachtete den preußischen König einigermaßen als seinen Vasallen und verlangte nun den Gegendienst dafür, daß es ihm Schlesien verschafft hatte. Darauf konnte Friedrich unmöglich eingehen, selbst wenn Dankbarkeit in der Politik für ihn oder seine Zeitgenossen überhaupt ein Begriff gewesen wäre. Sobald er Hannover besetzte, machte er die englischen Subsidien für Oesterreich und Rußland locker; er hatte dann drei große Mächte auf dem Halse, und aus früheren Erfahrungen wußte er zur Genüge, daß, wenn Not an den Mann kam, Frankreich zuerst an sich und sehr in zweiter Reihe an ihn denken würde, was übrigens durchaus auf Gegenseitigkeit beruhte.

Ueber diesem Hin und Her wurde der günstige Augenblick für die Besetzung Hannovers verpaßt. Hätte sich die englische Regierung vermutlich darein gefügt, wenn ihr Hannover auf einen Schlag weggekapert worden wäre, so dachte sie doch nicht daran, es preiszugeben, wenn ihr Zeit gelassen wurde, es zu sichern. Tastende Versuche, den preußischen König für einen

Neutralitätsvertrag zu gewinnen, lehnte dieser mit lebhafter Entrüstung ab, denn Frankreich vor den Kopf stoßen wollte er auf keinen Fall. Aber die englische Regierung verstand, ihn willfährig zu machen. Durch Vertrag vom 30. September mietete der englische Gesandte in Petersburg 55 000 russische Hilfstruppen für jährlich 500 000 Pfund Sterling während ihres Dienstes und 100 000 Pfund während der Wartezeit. Wenige Tage darauf beschloß der russische Staatsrat die Anordnung der Kriegsbereitschaft, um unverzüglich ins Feld ziehen zu können, sei es, daß Preußen einen Verbündeten Rußlands, sei es, daß einer dieser Verbündeten Preußen angreifen wolle.

Sobald der englische Staatssekretär dem preußischen Gesandten in London die offizielle Mitteilung von dem mit Rußland geschlossenen Vertrage gemacht, aber sich nach wie vor zu einem Neutralitätsvertrage bereit erklärt hatte, gab Friedrich nach. Er schloß am 15. Januar 1756 mit England die Westminsterkonvention, worin beide Teile sich verpflichteten, jede fremde Macht, die ihre Truppen unter irgend welchem Vorwande nach Deutschland einrücken lasse, gemeinsam an diesem Friedensbruch zu hindern. Damit war Hannover den Russen, aber auch den Franzosen versperrt.

Friedrich vermochte nun nicht den Franzosen und England nicht den Russen die Konvention schmackhaft zu machen. Diesen günstigen Augenblick ersah der österreichische Staatskanzler Kaunitz, um hüben wie drüben das Eisen zu schmieden, solange es heiß war. Am 13. März 1756 ließ er in Petersburg anfragen, ob die Zarin Elisabeth einen österreichischen Angriff gegen Preußen unterstützen wolle, bis zu welcher Zeit sie ihre Truppen in Marsch setzen und ob sie noch in diesem Jahre die Operationen beginnen könne. Kaunitz erhielt darauf „die vergnüglichste, alle Hoffnungen übertreffende" Antwort. Die Zarin ließ sofort marschieren und erklärte sich zu einem Angriffsbündnis bereit; sie wolle 80 000 Mann ins Feld stellen und die Waffen nicht eher niederlegen, bis Schlesien wieder für Oesterreich gewonnen sei; als eigenen Lohn beanspruchte sie Kurland und Semgallen, wofür Polen mit Ostpreußen entschädigt werden solle. Sie war deshalb sehr unangenehm enttäuscht, als Kaunitz zurückmelden ließ, einstweilen möge sie die Truppenbewegungen einstellen; mit Frankreich sei man noch nicht im Reinen; darüber würden noch einige Monate verstreichen und so wolle man den Losbruch aufs nächste Frühjahr verschieben, bis dahin aber „das Spiel recht verdecken", damit England und Preußen keinen Argwohn schöpften.

In der Tat hatte die Sache mit Frankreich ihre großen Schwierigkeiten. So sehr sich die Franzosen durch die Westminsterkonvention verletzt fühlten, so entschieden sie sich doch nicht leicht zu einem Bruch mit einer zweihundertjährigen Politik, deren Leitstern der unversöhnliche Kampf gegen das Haus Habsburg gewesen war. Sie selbst sollten jetzt dies Haus von der schwersten Kette befreien, die sie ihm angelegt hatten, von der neuen Großmacht Preußen. Die französischen Diplomaten, bis in die nächste Umgebung des Königs, schreckten vor diesem „völligen Umsturz des alten Systems" zurück. „Wir können nicht dulden, daß man den König von Preußen unterdrückt, denn die Furcht, die seine Macht der Kaiserin einflößt, ist unsere zuverlässigste Gewähr", hieß es in einer Denkschrift, die aus den Kreisen des Dauphins stammte.

Was schließlich den Ausschlag zugunsten des österreichischen Bündnisses gegeben hat, soll nun eine Weiberlaune der Marquise von Pompadour gewesen sein, der damaligen Gunstdame des französischen Königs, die gegen Preußen gewesen sei, weil Friedrich sie verachtet, und für Oesterreich, weil Maria Theresia ihr geschmeichelt habe. Es ist fast unglaublich, daß selbst der tiefsinnige Genius eines Carlyle dies dumme Zeug bis zur Bewußtlosigkeit breitgetreten hat. Will man — unverdienterweise — einen Augenblick dabei verweilen, so hatten der österreichische wie der preußische Gesandte in Paris den gleichen Befehl, der Pompadour zu huldigen, und wenn Maria Theresia niemals an sie geschrieben hat, so ist Friedrich sogar bereit gewesen, um sie zu gewinnen, ihr seine Souveränität über das Fürstentum Neufchâtel abzutreten. Der sprichwörtlich schlechte Ruf der Pompadour ist vornehmlich zwei immerhin verzeihlichen Umständen geschuldet: sie war erstens nicht adligen, sondern bürgerlichen Ursprungs, und sein Vorrecht, die Mätressen der Fürsten zu stellen, hat der Adel aller Länder nie antasten lassen, ohne sich durch blutige Schmähungen an der Verbrecherin zu rächen, und zweitens besaß sie geistige und politische Interessen, was von adligen Mätressen französischer Könige auch noch nie berichtet worden ist. Wie sie, soweit ihr Einfluß reichte, den französischen Aufklärern die Stange hielt, so ist sie als Befürworterin des österreichischen Bündnisses nur das Sprachrohr einer politischen Partei gewesen, die ebenfalls in Frankreich stark vertreten war.

Diese Partei ging davon aus, daß nicht mehr Oesterreich, sondern England der gefährlichere Gegner Frankreichs sei. Demnach mußte es für sie viel Verlockendes haben, sobald Oesterreich als Preis des Bündnisses gegen Preußen die in seinem Besitz befindlichen südlichen Niederlande, also etwa das heutige Belgien anbot, um das Frankreich in so vielen blutigen Schlachten mit England und Oesterreich erfolglos gerungen hatte. Um solchen Erfolg lohnte es sich schon, den preußischen „Filigrankönig" preiszugeben, der von Frankreich den größten Nutzen gehabt hatte, ohne ihm je etwas zu leisten; Frankreich gewann durch Belgien mehr, als Oesterreich durch Schlesien wiedergewann. Von seinem „alten Alliierten" verlassen, konnte England um so eher niedergekämpft werden, wenn Frankreich sich mit voller Kraft auf diesen gefährlichsten Feind warf. Die Rechnung hat sich schließlich als falsch herausgestellt, wenn auch in erster Reihe dadurch, daß die herrschenden Klassen in Frankreich sich nicht mehr fähig erwiesen, eine konsequente Politik erfolgreich durchzusetzen. Aber ein törichtes Intrigenspiel ist sie nicht gewesen.

Der Widerstand, auf den diese Politik stieß, war so stark, daß sie es zunächst nur zu einem mäßigen Erfolg brachte. In dem Versailler Vertrage vom 1. Mai 1756 verbürgten Frankreich und Oesterreich sich ihre in Europa gelegenen Besitzungen und versprachen, falls sie angegriffen würden, einander mit 24 000 Mann zu Hilfe zu kommen. Mehr war nicht zu erreichen; auch die Pompadour erkannte an, daß eine Zustimmung des Königs zu einem Angriff auf Preußen niemals zu erlangen sein werde. Darauf gab Kaunitz den Wink nach Petersburg, man möge mit dem Marsch der Truppen innehalten, und in der Mitte des Juni 1756 schien der europäische Friede wenigstens auf ein Jahr gesichert.

Ueber die Pläne seiner Feinde war der preußische König im allgemeinen gut unterrichtet, und wenn er es nicht sofort war, wurde er es doch sehr

bald; er unterhielt, wie übrigens alle anderen Mächte auch, ein weitverzweigtes Spionensystem; namentlich ein Beamter des Auswärtigen Amts in Dresden und ein Sekretär der österreichischen Gesandtschaft in Berlin wurden von ihm besoldet und erhielten ihn auf dem laufenden. Gerade aber in der Mitte des Juni, als sich die erregten Wogen glätteten, begann Friedrich mit Kriegsvorbereitungen; er ließ Pferde ankaufen, die Beurlaubten der Regimenter einziehen, die Kanonen auf die Wälle der Festungen schaffen usw. Auf die Nachricht davon traf auch Oesterreich einige Vorkehrungen, obgleich mit der Langsamkeit und Schwerfälligkeit, die seiner Heeresverfassung entsprachen. Aber sie genügten, um den preußischen König die Anfrage in Wien stellen zu lassen, ob Maria Theresia ihn anzugreifen beabsichtige. Das war schon eine halbe Kriegserklärung, denn der Wiener Hof konnte nicht einfach Nein antworten, ohne sich zu demütigen.

Am 26. Juli empfing die Kaiserin den preußischen Gesandten in Schönbrunn und beantwortete die Anfrage kühl und kurz, die Maßregeln, die sie getroffen habe, zielten auf ihre Sicherheit und die Verteidigung ihrer Verbündeten, aber nicht auf den Schaden irgend jemandes ab. Zufällig an demselben Tage erschienen in Sanssouci der englische und der französische Gesandte am preußischen Hofe: jener, um im Auftrage seiner Regierung vor einer Schilderhebung gegen Oesterreich zu warnen, die Hannover einer Heimsuchung durch die Franzosen auszusetzen geeignet sei, der andere, um zu erklären, daß sein Hof einen Angriff auf das verbündete Oesterreich, wozu England aufzureizen scheine, nicht ruhig zuschauen werde.

Friedrich ließ sich dadurch nicht beirren, sondern überstrumpfte sein Spiel, indem er eine zweite Anfrage nach Wien richtete des Inhalts: er wisse von der österreichisch-russischen Absicht, ihn im nächsten Frühjahr anzugreifen, und verlange die mündliche oder schriftliche Zusage der Kaiserin, daß er weder in diesem noch im nächsten Jahre etwas von ihr zu befürchten habe. Darauf erhielt er, wie er nicht anders erwarten konnte, eine schroff ablehnende Antwort und nun brach er los, nicht etwa, indem er sein inzwischen völlig gerüstetes Heer in Böhmen oder Mähren einmarschieren ließ, sondern indem er ohne jede Kriegserklärung das Kurfürstentum Sachsen überfiel, von dem er wohl wußte, daß es an der österreichisch-russischen Koalition unbeteiligt sei. „Es besteht noch kein Einvernehmen zwischen den Höfen von Dresden und Wien", hatte ihm sein Gesandter in Dresden gemeldet, wenige Tage, ehe die preußischen Truppen die sächsischen Grenzen überschritten.

Es war ein schroffer Bruch des Völkerrechts, der selbst in jener abgehärteten Zeit als ein „entsetzliches Verbrechen" betrachtet wurde und den allgemeinen Haß gegen das preußische System auf den Siedepunkt brachte. Was uns daran jedoch interessiert, ist die Tatsache, daß — nicht etwa zwischen den österreichischen, russischen, französischen Historikern auf der einen und den preußischen Historikern auf der anderen Seite — sondern unter den preußischen Historikern selbst ein lebhafter Streit darüber besteht, ob Friedrich einen Angriffs- oder Verteidigungskrieg geführt habe. Für dies wichtige Problem ist der Ursprung des Siebenjährigen Krieges ein klassisches Muster.

(Fortsetzung folgt.)

Energische Unterstützungsaktionen durch Staat und Gemeinde sind daher dringend geboten. Vor allem aber muß nach dem Kriege eine Weiterentwickelung der Blindenfürsorge, die heute noch stark auf Privatwohltätigkeit angewiesen ist, zur Blinden-Sozialpolitik, gegründet auf staatliche Mittel, angestrebt werden.

Der Krieg hat ferner gelehrt, wie wichtig auch für den Blinden der Anschluß an die zuständige Arbeiterorganisation ist. Auch ist am Ausbau der einzelnen Blindenvereine und der Ausgestaltung der Zentralorganisation des Reichsdeutschen Blindenverbandes unermüdlich zu arbeiten. Die von Laß[2] aufgestellte Forderung einer Reichsblindenzentrale mit staatlicher Unterstützung, als deren Vorläufer man die Blindenzentrale des Reichsblindenverbandes betrachten kann, muß nach dem Kriege mit Nachdruck erhoben werden. Durch Erschließung neuer Blindenberufe ist der Konkurrenz zwischen Kriegs- und Zivilblinden vorzubeugen und eine gedeihliche Zusammenarbeit beider Kategorien herbeizuführen. Die Zivilblinden haben ein großes Interesse an einem durchgreifenden Schutz der blinden Kriegsbeschädigten, da deren ökonomische Sicherstellung und gute berufliche Schulung der gesamten Blindenwelt zugute kommen muß. Die Arbeiterschaft endlich hat aus allgemein menschlicher Teilnahme für energische Kriegsblindenfürsorge einzutreten; aber auch die beruflichen Interessen fordern dringend, daß die parlamentarischen Vertreter der Arbeiterklasse diesem Gebiet ihre Aufmerksamkeit schenken. Die Kriegskrüppel, auch die Kriegsblinden, können zu Lohndrückern werden. Ihre berufliche Schulung, ihre Organisierung in den Gewerkschaften, ihre zureichende Entlohnung liegt im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung.

Es war hier nur möglich, einen Grundriß der neuen Probleme zu geben und Lösungen anzudeuten. Die Anwendung der entwickelten Gesichtspunkte auf andere Gruppen der Kriegsinvaliden sei Spezialsachverständigen überlassen.

Es kommt bei der Krüppelfürsorge darauf an, daß kein sozialpolitisches Flickwerk zusammengestümpert, sondern großzügige Sozialreform geleistet wird. Die Kriegsbeschädigten, und vor allem die Kriegsblinden, sind zum größten Teil Proletarier, oder sie sind durch den Verlust des wichtigsten Sinnes auch ökonomisch proletarisiert. Das Ergebnis unserer Untersuchung kann man in die Losung zusammenfassen: Krüppelschutz ist Arbeiterschutz!

---

# Kriegsgeschichtliche Probleme.

Von **Fr. Mehring.**

IV. (Fortsetzung.)

Eine besondere Note erhielt der Ueberfall Sachsens durch den preußischen König im August 1756 dadurch, daß Friedrich nicht einmal ein Kriegsmanifest erlassen konnte, wodurch sein Einbruch zu rechtfertigen gesucht worden wäre. Er hatte es zwar im Entwurf fertig, aber seine Enthüllung der österreichisch-russischen Kriegspläne stützte sich auf die Abschriften der Depeschen, die er durch seinen Spion aus dem Dresdener Archiv erhalten hatte. Er traute dem sächsischen Minister Brühl zu — und vermutlich nicht mit Unrecht —, dieser werde bei einer sofortigen Veröffentlichung des Manifestes die Originalurkunden vernichten lassen.

So erschien der Ueberfall Sachsens wochenlang als der ruchloseste Bruch des Völkerrechts, dem nicht einmal mildernde Umstände bewilligt werden konnten. Am 29. August waren die preußischen Truppen in Sachsen einmarschiert und erst am 10. September wurden die Türen der Dresdener Kabinettskanzlei durch einige Bataillone erbrochen, unter fast körperlichem Widerstande der Königin Maria Josepha, einer geborenen Habsburgerin. Der Kurfürst von Sachsen war zugleich König von Polen. Er hatte anfangs nach Warschau entweichen wollen, war dann aber, da die Wege dorthin nicht mehr sicher erschienen, auf den Königstein geflüchtet, inmitten des Felsenlagers von Pirna, in das die sächsischen Truppen noch im letzten Augenblick hatten zusammengezogen werden können. Die Erbrechung und Plünderung eines Archivs ohne vorherige Ansage der Feindseligkeiten erschien den Zeitgenossen vollends als der Gipfel aller Gewalttätigkeit und Hinterlist. Aber Friedrich fand die Urkunden, die er suchte; sie wanderten nach Berlin, und nun wurde von dem Legationsrat Hertzberg binnen acht Tagen das preußische endgültige Kriegsmanifest redigiert, ein Mémoire raisonné oder eine „Gegründete Anzeige", weshalb der König von Preußen den Anschlägen des Wiener Hofes habe zuvorkommen müssen.

An der Hand der österreichisch-russischen Zettelungen war darin ausgeführt, der König führe keinen Angriffs-, sondern einen Verteidigungskrieg. „Unter Angriff versteht man jeden Akt, der dem Sinn eines Friedensvertrags diametral entgegengesetzt ist. Eine Offensivliga, das Aufreizen und Drängen zum Kriege gegen eine andere Macht, Pläne zur Ueberziehung der Staaten eines anderen Fürsten, ein plötzlicher Einbruch: alle diese verschiedenen Dinge sind ebenso viel Angriffe, obgleich nur der plötzliche Einbruch den Fall der offenen Feindseligkeit darstellt. Wer diesen Angriffen zuvorkommt, kann offene Feindseligkeit begehen, aber er ist nicht der Angreifer". Ehe dieses Manifest erschien, hatte die Gegenseite aber schon viel kräftigere Töne gefunden: am 13. September erließ der deutsche Kaiser ein „Dehortatorium", worin er den König väterlich ermahnte, „von seiner unerhörten, höchst frevelhaften und sträflichen Empörung abzulassen, dem Könige von Polen alle Kosten zu erstatten und still und ruhig nach Hause zu gehen" und ein „Advokatorium", worin er allen preußischen Generalen und Obersten befahl, ihren „gottlosen Herrn" zu verlassen und dessen „entsetzliche Verbrechen" nicht zu teilen.

Friedrich verachtete den Federkrieg, der die Kriege zu begleiten pflegt, nicht völlig, und hat sich selbst in seinen Mußestunden daran beteiligt, mit dem päpstlichen Breve, das dem österreichischen Marschall Daun einen geweihten Degen für den Kampf gegen die Ketzer verliehen haben sollte, und ähnlichen Schnurren mehr. Aber er war ihm doch immer nur ein Mittel, um denen, die nicht alle werden, Sand in die Augen zu streuen. Sehr ernsthaft nahm er ihn nicht. Er lachte über die „Dehortatoria" und „Advokatoria" des guten Kaisers Franz, denn er wußte, daß dieser nur eine Strohpuppe in der Hand seiner Gemahlin war, der Kaiserin Maria Theresia, aber sein eigenes Kriegsmanifest nahm er auch auf die leichte Achsel. „Wenn die Souveräne einen Bruch wollen", meinte er gleichmütig, „so hält die Frage des Manifestes sie nicht auf; sie nehmen ihre Partie, sie machen den Krieg und überlassen die Sorge, sie zu rechtfertigen, irgendeinem fleißigen Rechtsgelehrten". Eine sehr realpolitische, aber gewiß nicht

unrichtige Auffassung der Kriegsmanifeste, die ihrer Bestimmung gemäß niemals historische Quellen sein können.

In diesem besonderen Falle hat sogar der Verfasser des Kriegsmanifestes von 1756 selbst bestätigt — allerdings erst dreißig Jahre später, nach dem Tode des Königs —, daß er darin um den entscheidenden Punkt herumgegangen sei, wie die Katze um den heißen Brei. Der nunmehrige Staatsminister Hertzberg schrieb im Jahre 1786: „Es ist ausgemacht, daß diese Pläne, den König zu bekriegen und seine Länder zu teilen, wirklich existierten, aber da sie nur eventuell waren und die Bedingung voraussetzten, insofern der König von Preußen Gelegenheit zum Kriege geben würde, so wird es immer unentschieden bleiben, ob diese Pläne jemals würden zur Ausführung gekommen sein und ob es gefährlicher gewesen sein würde, sie zu erwarten, als ihnen zuvorzukommen". Diese Ansicht, zu der sich Hertzberg erst im Jahre 1786 durchgerungen hat, hegten im Jahre 1756 schon sein damaliger Vorgesetzter, der Minister des Auswärtigen v. Podewils, sowie die große Mehrzahl der preußischen Generale, sowie endlich auch die preußischen Prinzen, die eigenen Brüder des Königs.

Sie kamen damit der historischen Wahrheit jedenfalls näher, als wenn Friedrich in seiner Histoire de la guerre de sept ans schrieb, die Verschwörung der europäischen Mächte gegen Preußen sei völlig fertig gewesen; die Kaiserin-Königin, die Zarewna, die Könige von Frankreich und Polen seien einverstanden und auf dem Punkt gewesen, loszuschlagen, so daß der König von Preußen, als er beschloß, ihnen zuvorkommen, keinen Feind weniger und keinen Freund mehr zu erwarten gehabt hätte. Der König wußte sehr gut, daß zunächst nur ein Verteidigungsbündnis zwischen Frankreich und Oesterreich wie zwischen Oesterreich und Rußland bestand, und daß er mindestens zehn Monate Zeit hatte, dies Bündnis, wenn nicht zu sprengen, so doch in seiner Umwandlung in ein Angriffsbündnis zu hindern. Selbst in dem eben noch so kriegseifrigen Rußland begann die Stimmung umzuschlagen. Dank den Anstrengungen Englands, dessen Einfluß in Petersburg immer sehr stark war und seit der Westminsterkonvention ganz im preußischen Sinne eingesetzt wurde; am 29. Juni verriet Kaunitz in einer Depesche an den österreichischen Gesandten in Paris seine Sorge, „daß der russische Hof über den Aufschub der Operationen ermüden und sich verleiten lassen dörfte, aus Begierde zum Gelde in die englischen Absichten endlich einzugehen und andurch nicht nur das geheime Geschäft gänzlich zu vereiteln, sondern auch die Kron Frankreich durch eine namhafte Truppenabgabe in nicht geringe Verlegenheit zu setzen". Immerhin — Petersburg mit seiner ewig betrunkenen Zarin und seinem bestechlichen Großkanzler blieb unberechenbar, aber Paris war keineswegs „völlig fertig" mit Oesterreich und Rußland, und stand keineswegs auf dem Punkte, auf Preußen loszuschlagen.

Darüber war sich Friedrich auch ganz klar, ja er vertraute viel zu sehr darauf, daß Frankreich nicht ernsthaft mit ihm anbinden würde. Als er nach der zerschmetternden Niederlage von Kolin das Bedürfnis fühlte, sich gegenüber den lauten und stillen Vorwürfen seiner Umgebung zu rechtfertigen, schrieb er — ganz im Gegensatz zu seiner später zurechtgemachten Geschichte des Siebenjährigen Krieges — er habe unmöglich das Dasein einer allgemeinen Verschwörung gegen Preußen annehmen können, und

führte besonders über Frankreich aus: „Wie konnte ich ahnen, daß Frankreich 150 000 Mann nach Deutschland schicken würde? Wie konnte ich vorhersehen, daß die Tränen der Dauphine (einer sächsischen Prinzessin), die Verleumdungen der Königin von Polen und die Lügen des Wiener Hofes Frankreich in einen Krieg verstricken würden, der in schroffem Widerspruch mit seinen politischen Interessen stand?“ Sieht man davon ab, daß der König hier, ganz im Sinne seiner Zeit, große Wirkungen auf kleine Ursachen zurückführt, so erkennt er in der bitteren Wahrhaftigkeit einer grausamen Enttäuschung an, daß er eine wirkliche Gefahr von Frankreich nicht befürchtet hatte. Er hat darauf gerechnet, im wesentlichen nur mit Oesterreich und Rußland zu tun zu bekommen und höchstens noch mit den 24 000 französischen Hilfstruppen, die Frankreich sich im Falle seines Angriffs dem Wiener Hofe zu stellen verpflichtet hatte, und damit glaubte er schon fertig zu werden, zumal da Frankreich durch England vollauf beschäftigt war.

Das Zugeständnis Hertzbergs verhallte zunächst in der preußischen Geschichtschreibung, die sich an das hielt, was der König nachträglich über die Entstehung des Krieges zurecht gemacht hatte. Aber je mehr sich die Archive öffneten, nicht nur die preußischen, sondern auch die französischen, österreichischen und russischen, um so klarer trat hervor, daß der König noch nicht ernstlich bedroht gewesen war, als er in Sachsen einbrach, daß er durch diesen Einbruch die entstehende Koalition seiner Feinde nicht gesprengt, sondern vielmehr erst recht zusammengeschweißt hatte. Der politische Rechenfehler des Königs lag offen, aber militärisch sollte nun doch seine Ueberwältigung Sachsens wenigstens ein Meisterstück gewesen sein. Einmal mußte schließlich mit den Gegnern abgerechnet werden, und da bot Sachsen einen vortrefflichen Kriegsschauplatz. „Eine zwischen Brandenburg und Schlesien breit hineingeschobene, geschlossene Bastion, die im Besitze eines Gegners die preußischen Lande schwer bedrohte, überwältigt aber sie trefflich deckte und dann für die Verteidigung und Ausfall sich gleichmäßig eignete.“ Die Berechtigung des Ueberfalls wurde aber daraus hergeleitet, daß Sachsen im Jahre 1746, als Friedrich II. die Neutralität des Landes geachtet hatte, ihm nach seinem Einmarsche in Böhmen in den Rücken gefallen sei.

In der Tat hatte Friedrich damals Sachsen geschont, trotz seiner Siege in dem Treffen bei Katholisch-Hennersdorf und der Schlacht bei Kesselsdorf, und es ist auch unbestreitbar, daß Sachsen sich zwar nicht förmlich den österreichisch-russischen Kriegsplänen angeschlossen hatte, aber doch nur, weil der Knüppel allzu dicht beim Hunde lag. In Depeschen, die ihm sein Dresdener Spion verraten hatte, las Friedrich schon im Jahre 1753, wie der sächsische Gesandte zu Petersburg beweglich vorgestellt hatte, man möge seiner Regierung erlassen, ein so großes und gefährliches Spiel zu wagen und einen übermächtigen Nachbar anzugreifen, ehe dieser außer Stand gesetzt sei, Sachsen auf einmal zu „ecrasieren“, worauf der russische Großkanzler bereitwillig zugestanden hatte, freilich dürfe sich Sachsen nicht zuerst auf den Turnierplatz wagen, sondern müsse warten, bis der Ritter im Sattel wanken werde. Auch sonst verbarg der Minister Brühl seine feindliche Gesinnung gegen Preußen keinen Augenblick, und Friedrich kam also auch nur heimtückischen Angriffsplänen in berechtigter Verteidigung zuvor, indem er Sachsen auf einmal „ecrasierte“, als er den Waffengang mit Oesterreich antrat. Erklärte er doch auch bei seinem Einbruch in

Sachsen, er handle unter dem Druck zwingender Verhältnisse, und er sehne den glücklichen Augenblick herbei, wo diese Verhältnisse beseitigt wären und er „Sr. polnischen Majestät Dero Kurlande als ein geheiligtes Depot" zurückgeben könne; verbünde Se. Majestät sich mit ihm, so werde Sie nicht nur für alles reichlich entschädigt werden, sondern der König werde an Ihre Interessen ebenso denken, wie an die seinigen.

Diese Auffassung wird heute noch von der Mehrzahl der preußischen Historiker geteilt. Aber eine Minderheit, worunter nicht die schlechtesten der Zunft, sieht eine „fürchterliche Deklassierung" des „großen Königs" darin, daß er wie ein nervöser Schwächling, aus Angst vor Gefahren, die sich sonst noch hätten beschwören lassen, in einen verheerenden Krieg gestürzt und recht eigentlich das Spiel seiner Feinde gespielt haben solle. Diese Historiker drehen den Spieß einfach um und sagen: Natürlich hat Friedrich sehr gut gewußt, daß er noch gar nicht ernsthaft bedroht war, aber die Gelegenheit schien ihm günstig, einen Plan auszuführen, den er in seinem Politischen Testament von 1752 entwickelt hatte: nämlich unter bestimmten Verhältnissen der europäischen Politik Sachsen zu erobern und den Kurfürsten mit Böhmen zu entschädigen, das dem Hause Habsburg durch einen Krieg entrissen werden müßte. Sie sagen, die Eroberung Sachsens sei das Ziel gewesen, das der König während seiner ganzen Regierung verfolgt habe. „Sechs Meilen vor den Toren Berlins war die Grenze des Kurfürstentums Sachsen; der breite Landstrich mit den Städten Görlitz, Lauban, Sorau, Guben, Lübben, Baruth, Jüterbogk, Belzig, Wittenberg, Torgau gehörte noch nicht zu Preußen. Ein König von Preußen, der nicht mit aller Kraft seiner Seele den Erwerb dieser Landschaften angestrebt hätte, müßte, jedes Staatsgedankens bar, sich an selbstzufriedenem dynastischen Hausbesitzgedanken begnügt haben. Und das soll des Großen Friedrich Denkweise gewesen sein?" Friedrich wollte also nicht eine drohende Gefahr abwehren, sondern unternahm mit dem Ueberfall Sachsens einen Angriffskrieg in der nacktesten und schroffsten Form des Wortes. Er dachte zwar nicht daran, „Sr. polnischen Majestät Dero Kurlande als ein geheiligtes Depot" zurückzugeben, aber das brauchte man nicht so genau zu nehmen, da er den Kurfürsten von Sachsen „reichlich entschädigen" wollte, indem er ihn zum König von Böhmen erhob.

Dieser Streit zwischen den preußischen Historikern wird nun schon seit zwei Jahrzehnten geführt, zeitweise so erbittert, daß er einem der Kämpfer einen frühzeitigen Tod beschieden hat. Aber zu einem sicheren und unzweideutigen Ergebnis hat er nicht geführt. Jede der beiden Anschauungen hat gewichtige Zeugnisse für sich anzuführen gewußt, keine von beiden aber einen überzeugenden Beweis. Nur insofern hat die Minderzahl die Schlacht verloren, als sie eine „fürchterliche Deklassierung" des „großen Königs" abzuwehren unternahm. Mit ihren Annahmen und Voraussetzungen „deklassiert" sie den König viel „fürchterlicher" als die Gegenseite. Was Friedrich in seinem Politischen Testament von 1752 über die Eroberung Sachsens, im Austausch gegen das eroberte Böhmen, geschrieben hat — beiläufig unter der Ueberschrift: Träumereien —, ist bisher vom Auswärtigen Amt nicht herausgelassen worden. Jedenfalls — wenn der König, der doch nur mit Hilfe des mächtigen Frankreich die Provinz Schlesien erobert hatte, sich eingebildet hätte, ganz auf eigene Faust — denn England war ihm

durch die Westminsterkonvention zu keiner Waffenhilfe verpflichtet — gegen eine französisch-österreichisch-russische Koalition das Königreich Böhmen erobern zu können, so hätte er sich als politischer Phantast erwiesen.

Namentlich sprechen die Tatsachen selbst für die Mehrzahl der preußischen Historiker, wenn sie sagt, bei dem Ueberfall Sachsens sei der politische Rechenfehler durch den militärischen Streich ausgeglichen worden. Schweißte der Einbruch die gegnerische Koalition zusammen, so sicherte er dem Könige doch die Möglichkeit, den Krieg durchzuhalten. Ohne die Hilfsquellen Sachsens hätte er es nicht vermocht. Er hat von Anfang an das Land nur als militärische Position betrachtet. Nicht als ob er es nicht gerne behalten hätte, nachdem es einmal in seiner Gewalt war; daß er diesen leckeren Bissen mit Vergnügen geschluckt hätte, hat er allerdings oft bekannt. Aber wenn er es im Jahre 1756 hätte erobern wollen, so hätte er es anders behandelt. Eroberer pflegen sich doch den Eroberten gegenüber samtene Handschuhe über die eisernen Fäuste zu ziehen und mindestens jede, um einen gern von Bismarck gebrauchten Ausdruck anzuwenden, „Deteriorierung" der geplanten Eroberung zu vermeiden. Wer ein kostbares Gefäß erwerben will, beginnt doch nicht damit, es zu zerschlagen.

Friedrich aber begann damit, über Sachsen die grausamsten Plagen zu verhängen, zuerst und vom ersten Tage an das verhaßte Kantonsystem. Sobald er die sächsischen Truppen in ihrem Felsenlager von Pirna ausgehungert hatte, stellte er sie nicht nur, 17000 Mann hoch, unter Erzwingung des Fahneneides in sein Heer ein, sondern legte dem Lande sofort die Lieferung von 9075 Rekruten auf, „lauter gesunde und gerade Leute von 18 bis 30 Jahren, keiner unter 5 Fuß 3 Zoll." Wie dieser Druck empfunden wurde, zeigt die Tatsache, daß sächsische Regimenter und Rekruten, trotz Kugel, Stock und Spießruten, massenhaft über die polnische Grenze gingen, und zwar um so massenhafter, je mehr dieser Blutzoll von Jahr zu Jahr gesteigert wurde.

Aehnlich wurde der Geldzoll von Jahr zu Jahr gesteigert. 3 Millionen Taler für 1757, 5 Millionen für 1758, 6 Millionen für 1759, von da ab bis zu Ende des Krieges jährlich nicht weniger als 12½ Millionen. Wie sehr das Land dadurch ausgepreßt wurde, offenbarte sich dadurch, daß die härtesten Zwangsmaßregeln nicht ausreichten, diese Summen einzubringen; so wurden der Rat und die ersten Kaufleute der Stadt Leipzig einmal ohne Bett, Feuer und Licht auf die Pleißenburg gesperrt, bis von den acht Tonnen Goldes, die die Stadt aufbringen sollte, die Hälfte beigebracht war. Ueber 70 Kaufleute, die aus der Stadt geflohen waren, wurden durch Husaren zurückgeholt oder wenn sie nicht mehr zu finden waren, wurden ihre Gewölbe versiegelt und ihr Vermögen eingezogen usw. Die Saat des Hasses, die damals in Sachsen gesät wurde, hat noch ein Jahrhundert später, wie das Jahr 1866 zeigte, in vollen Halmen gestanden.

Man sagt nun wohl, zur Zeit des Siebenjährigen Krieges wäre wenig darauf angekommen, was Land und Leute zu den über sie verhängten Schicksalen gesagt hätten. Immerhin waren sie damals doch auch schon, um mit Lassalle zu sprechen, ein Stück Verfassung. Das Gegenbild zu Sachsen bot im Siebenjährigen Kriege Ostpreußen. Wo die Russen in andere Provinzen des Königs eindrangen, in die Neumark oder in Hinterpommern, verheerten und verwüsteten sie nach Möglichkeit, aber Ostpreußen, das sie

mehrere Jahre lang besaßen und als ihre Eroberung betrachteten, behandelten sie wie ein rohes Ei. Das einzige, was sie ihm auferlegten, war eine, wie es scheint, geringe Vermögenssteuer, aber dafür erließen sie der Bevölkerung die grausame Kantonpflicht. Die guten Ostpreußen haben diese Fremdherrschaft mit großer Gelassenheit ertragen, so daß ihr angestammter Landesherr in den zwanzig Jahren, die er den Siebenjährigen Krieg überlebte, den Boden dieser wankelmütigen Provinz nie wieder betreten hat; selbst ihr weisester Bewohner, Immanuel Kant, hat sich bei der „Allerdurchlauchtesten, Großmächtigsten Kayserin, Selbstherrscherin aller Reußen, Allergnädigsten Kayserin und großen Frau" Elisabeth um eine Professur an der Königsberger Hochschule beworben.

Hat der König Friedrich das Kurfürstentum Sachsen wirklich erobern wollen, so verstand sich selbst die Zarin besser als er darauf, wie man erobert, und das wäre schließlich die „fürchterlichste Deklassierung" des Königs.

## V.

Was sich nun aus dem Ursprung des Siebenjährigen Krieges ergibt, wie er hier in seinen wesentlichen Zügen dargestellt worden ist, ist die Tatsache, daß es völlig unmöglich ist, zu sagen, ob er von preußischer Seite ein Angriffs- oder ein Verteidigungskrieg gewesen sei. Daraus folgt, daß die Frage eben so unentschieden bleiben muß, wenn man sie von englischer oder französischer, von österreichischer oder russischer Seite stellt.

Aber man kommt auch zu demselben negativen Ergebnis, wenn man irgendeinen anderen Krieg unter demselben Gesichtspunkt auf seinen Ursprung untersucht. Man wird immer auf einen mehr oder minder verwickelten, mehr oder minder tief in die Vergangenheit reichenden Zusammenhang stoßen, der sich niemals auf die kahle Alternative zurückführen läßt: Hier sind die Angreifer und hier sind die Verteidiger, etwa im Sinne des guten Schiller:

Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben,
Wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt.

In der Geschichte geht es anders her als in der Kinderfibel und in den schlechten Romanen, die nur strahlende Tugendhelden und finstere Bösewichte kennen. Ist anders die Klassengesellschaft ein System gottgewollter Abhängigkeit, wie sie es ja nach der Ansicht hoher Autoritäten sein soll, so traf Moltke den Nagel ganz anders auf den Kopf wie Schiller, indem er sagte, der Krieg sei ein Element in Gottes Ordnung, der ewige Friede aber sei ein Traum und nicht einmal ein schöner.

In der Klassengesellschaft regelt der Krieg in letzter Instanz die Interessenkonflikte zwischen den einzelnen Nationen oder Staaten: in letzter Instanz, d. h. wenn sie sich so zugespitzt haben, daß eine gütliche Einigung ausgeschlossen ist. Denn daß Kriege vom Zaune gebrochen, daß sie um nichts und wieder nichts geführt werden — um einer „Mätressenlaune" willen, wie Lassalle einmal in einem unbewachten Augenblicke gesagt hat, oder um dergleichen Nichtigkeiten sonst — ist eine Vorstellung, die ebenfalls in die Kinderfibel gehört. Ebenso wie die unersättlichen Eroberer, die im Verschlingen von Ländern und Völkern nicht satt werden, ungefähr soviel Wirklichkeit haben, wie die Menschenfresser des Märchens. Wäre es nach

Napoleons persönlichen Wünschen gegangen, so hätte er sich 1805 weder mit Oesterreich und Rußland, noch 1806 mit Preußen und Rußland, noch 1809 mit Oesterreich, noch 1812 mit Rußland geschlagen. Das erkennen heute selbst die halbwegs ernsthaften deutschen Geschichtschreiber an.

Die kapitalistische Gesellschaft ist bei allen ihren Mängeln und Schwächen ein historisches Produkt, und wenn unter diesen Mängeln und Schwächen obenan steht, daß sie den Krieg nicht entbehren kann, um sich zu entwickeln, so stehen eben auch ihre Kriege unter historischen Gesetzen. Um eitel Kurzweil willen werden sie nicht geführt. Was zu diesem Trugschluß geführt hat, ist der Umstand, daß sie oft aus scheinbar geringfügigen Anlässen entspringen, wie der Siebenjährige Krieg aus einigen Schüssen, die im Gebiete der nordamerikanischen Indianer fielen. Aber ist der Tritt der Gemse die Ursache, daß die Lawine donnernd zu Tale stürzt? Erst müssen sich doch die Schneemassen am Felsenhange gehäuft haben, ehe sie auf einen leichten Anstoß hin durch ihr eigenes Gewicht niedergerissen werden. Oder ein Zündstoff muß hoch aufgetürmt sein, ehe ein Funke ihn in Brand setzen kann. Oder um ein Bild anzuwenden, das Goethe einmal von seinem dichterischen Schaffen gebraucht: das Wasser im Gefäß, das eben auf dem Punkte des Gefrierens stand, verwandelt sich durch die geringste Erschütterung sofort in festes Eis.

Unter diesem Gesichtspunkt ergibt sich auch die Hinfälligkeit des grundsätzlichen Unterschiedes, der zwischen Angriffs- und Verteidigungskriegen gemacht wird. Man muß dabei allerdings zwischen militärischen und politischen Gesichtspunkten unterscheiden. Unter militärischem Gesichtspunkt sind Angriff und Verteidigung vollkommen feste und klare, für das militärische Urteil unentbehrliche Begriffe, obgleich sie auch hier sich keineswegs ausschließen, sondern beständig ineinander übergehen oder nach dem bekannten Ausdruck Hegels ineinander umschlagen. Die Verteidigung ist je nachdem die schwächste oder die stärkste Form der Kriegführung: die schwächste, wenn sie sich auf sich selbst beschränkt, denn dann führt sie fast immer zur Niederlage, die stärkste, wenn sie im günstigen Augenblick in den Angriff überzugehen versteht. Den dialektischen Verschlingungen von Angriff und Verteidigung widmet Clausewitz einen großen Teil seines Werkes vom Kriege.

Auf politischem Gebiete sind dagegen Angriff und Verteidigung vollkommen verschwimmende Begriffe. Sind die Kriege ein Aufeinanderstoßen von Interessen, die sich auf friedlichem Wege nicht mehr ausgleichen lassen, so ist das geschichtliche Urteil über sie daran gebunden, ob der Sieg dieser oder jener Interessen für den geschichtlichen Fortschritt heilsamer sein würde, nicht aber an den rein zufälligen Umstand, ob der Tritt der Gemse die Lawine an diesem oder jenem Ende ins Stürzen bringt oder etwa noch an die sehr nebensächliche Tatsache, ob die Diplomatie hüben oder drüben die Karten noch im letzten Augenblick geschickter zu mischen versteht. Jede kriegführende Partei behauptet in ihrem Kriegsmanifeste, daß sie ihre heiligsten Güter verteidige und erklärt die Antastung dieser Güter durch die andere kriegführende Partei für einen frevelhaften Angriff; jede tut es von ihrem Standpunkt aus mit gutem Glauben an ihr Recht. Dieser gute Glaube mag auf falschen Voraussetzungen beruhen, wie es denn eben die Aufgabe des Krieges ist, falsche Voraussetzungen zu berichtigen und den

wirklichen Stand der Dinge klarzustellen. Aber die Kriege von vornherein nach ganz äußerlichen und zufälligen Maßstäben in berechtigte Verteidigungskriege und unberechtigte Angriffskriege einzuteilen, ist ein Unding und eine Unmöglichkeit.

Wenn diese Auffassung auch auf sozialistischer Seite nicht völlig ausgerottet worden ist, so wird man die Erklärung darin suchen müssen, daß wir in Kriegsfragen die Spinnweben der bürgerlichen Aufklärung noch nicht gründlich genug abgestreift haben. Selbst Marx spricht in der Adresse, die die Internationale am 29. Juli 1870 über den Deutsch-Französischen Krieg veröffentlichte, von dem „Verteidigungskrieg", der auf deutscher Seite geführt würde. Freilich knüpft er unmittelbar daran die Aufzählung von Tatsachen, die diesen „Verteidigungskrieg" in ein eigentümliches Licht stellen, aber er spricht dann doch auch wieder in derselben Urkunde von den „Sympathien", die die Deutschen „mit Recht" in einem „Verteidigungskriege gegen bonapartistischen Ueberfall" beanspruchen dürften. Heute wissen wir, daß die Dinge damals ganz anders lagen, als Marx annahm, und nach dem, was damals bekannt war, auch annehmen mußte. Bebel hat noch kurz vor seinem Tode, nach dem, was wir heute wissen, den damaligen Krieg als einen Angriffskrieg in so hohem Maße betrachtet, daß er in seinen Denkwürdigkeiten sein Bedauern darüber ausgesprochen hat, bei der Abstimmung über die ersten Kriegskredite im Jahre 1870 sich der Stimme enthalten, und nicht mit Nein gestimmt zu haben. Es wird auf die damalige Lage noch zurückzukommen sein; hier nur so viel, daß 1870 zwei Offensiven auf einander stießen, daß also, wenn man die Begriffe von Angriff und Verteidigung überhaupt anwenden will, der Krieg von 1870 auf deutscher wie auf französischer Seite sowohl ein Angriffs- als auch ein Verteidigungskrieg gewesen ist.

Vor zwei Jahren hat die sozialdemokratische Presse in Deutschland die Landwehren von 1813 zum hundertjährigen Gedächtnis ihrer Kämpfe gefeiert. Und doch war der Krieg, worin sie kämpften, wörtlich genommen ein Angriffskrieg. Er begann mit einem Verrat an dem französischen Bundesgenossen, der Konvention von Tauroggen, die die Franzosen, von ihrem Standpunkt aus nicht mit Unrecht, als eine Felonie ohnegleichen betrachtet haben; dann folgte eine Reihe hinterhaltiger und trügerischer Verhandlungen, und endlich die Kriegserklärung an Frankreich. Der Maßstab des Angriffs- und Verteidigungskrieges versagt hier wie überall, wo es die historische Würdigung der Kriege gilt.

Deshalb war es ein entschiedener Fehlgriff Bebels, wenn er 1907 auf dem Parteitage in Essen erklärte, in einem Verteidigungskriege habe die Arbeiterklasse allemal mitzumachen, und diese Ansicht damit begründete, die Arbeiter würden im einzelnen Falle sehr wohl zu entscheiden wissen, ob es sich um einen Angriffs- oder einen Verteidigungskrieg handle. Das können die Arbeiter eben nicht, sie so wenig wie irgendwelche andere Menschen, einfach aus dem Grunde nicht, weil es an allen sichern Handhaben fehlt, um einen Angriffs- von einem Verteidigungskriege zu unterscheiden. Der Auffassung Bebels wurde, als er sie äußerte, sofort widersprochen, auch vom Schreiber dieser Zeilen, sowohl in der „Leipziger Volkszeitung" wie auch in der „Neuen Zeit", aber die Autorität Bebels war — in diesem Falle muß man sagen leider! — groß genug, um seine Ansicht

gewissermaßen zur Parole für die Kriegstaktik der Partei zu machen, was, wie die Erfahrungen des letzten Jahres genügend gezeigt haben, durchaus verwirrend gewirkt hat. Wie immer man über die Beteiligung der Arbeiterklasse an Kriegen denken mag, so muß man die Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg von vornherein und ein- für allemal ausschalten. Sie besagt eben gar nichts und ist keine sicher strahlende Leuchte, sondern ein hin und her huschendes Irrlicht.

Anders als mit dem Angriffs- oder Verteidigungskriege steht es mit dem Eroberungskriege. Ueber diesen Begriff ist eine Verständigung ebenso möglich wie notwendig. Der Tendenz nach ist jeder Krieg ein Eroberungskrieg, denn jede kriegführende Partei strebt danach, ihr Machtgebiet auf Kosten des Gegners zu erweitern, das heißt also etwas zu erobern, was sie bisher nicht besessen hat, was nicht immer in der Form zu geschehen braucht, daß dem Gegner Land und Leute abgenommen werden, aber gewöhnlich in dieser Form zu geschehen pflegt.

Wenn also der Tendenz nach jeder Krieg für jede der kriegführenden Parteien ein Eroberungskrieg ist, so verläuft die Sache in der Wirklichkeit so, daß es in einem Kriege nur dann zu keinen Eroberungen kommt, wenn beide Teile sich gegenseitig so abmatten, daß keiner dem anderen seinen Willen aufzuzwingen vermag, wie im Siebenjährigen Kriege, soweit er sich auf dem europäischen Festlande abspielte. Siegt aber der eine Teil so, daß er dem Gegner die Friedensbedingungen zu diktieren vermag, so werden sich unter diesen Friedensbedingungen immer Eroberungen zu seinem Gunsten befinden. Die beliebte Vorstellung, als könne ein ruchlos angegriffener Staat nach erfolgreicher Abwehr des Feindes sich damit begnügen, das Schwert wieder in die Scheide zu stecken, in dem beseligenden Bewußtsein, seine gute Sache siegreich durchgeführt zu haben, ist ebenfalls nur ein Gebilde der Märchenwelt. Solche Kriege sind nie geführt worden und werden auch niemals geführt werden, wenigstens nicht so lange es eine Klassengesellschaft gibt.

Aus den Schriften des Alten Fritz läßt sich ein kurzes, aber erschöpfendes Kolleg über Eroberungskriege zusammenstellen. Er sagt einmal: „Die neuen Erwerbungen eines Fürsten machen die Staaten, die er schon besaß, nicht reicher, seine Völker haben davon keinen Nutzen, und er selbst täuscht sich, wenn er dadurch glücklicher zu werden hofft". Das ist die philosophische Seite der Sache. Aber ein andermal, wo der König ihre politische Seite betrachtet, sagt er: „Man hat gut mit erhabener Gesinnung prahlen (on a beau étaler de grands sentiments). Jeder Krieg, der nicht zu Eroberungen führt, schwächt den Sieger und entkräftet den Staat. Man muß es niemals zu Feindseligkeiten kommen lassen, wenn man nicht die sichersten Aussichten auf Eroberungen hat". Eine gewisse Vermittelung zwischen dem philosophischen und praktischen Standpunkt unternimmt der König in seinem „Politischen Testament von 1752", wo er schreibt: „Machiavell sagt, daß eine uneigennützige Macht, die sich unter ehrgeizigen Mächten befände, unfehlbar untergehen würde. Ich bin darüber sehr ärgerlich, aber ich muß gestehen, daß Machiavell recht hat". Man hat die Aeußerung bei Machiavell vergebens gesucht, doch ist sie ganz in seinem Geiste gedacht und namentlich in dem Geiste der Staatsraison, der mit der kapitalistischen Produktionsweise aufgekommen war.

Hundert Jahre nach Machiavell urteilte ein Publizist aus Richelieus Schule: „Machiavells Maximen sind so alt, wie die Zeit und die Staaten. Er lehrt nichts Absonderliches oder Unerhörtes, er erzählt nur, was die, die vor uns waren, getan haben, und was die Menschen von heute tun, zu ihrem Nutzen und unvermeidlicher Weise". Und wieder hundert Jahre später schrieb ein Publizist aus Friedrichs Schule: „In der Politik muß man zurückkommen von den spekulativen Ideen, die der große Haufe sich bildet über die Gerechtigkeit, Billigkeit, Mäßigkeit, Aufrichtigkeit und ähnliche Tugenden der Nationen und ihrer Lenker: alles läuft schließlich auf die Macht hinaus". Man war in der Vergangenheit offenherziger als in der Gegenwart.

Heutzutage findet man in den Kriegsmanifesten der kriegführenden Parteien neben der Versicherung, daß sie nur einen Verteidigungskrieg führten, meistens auch die Ablehnung jeder Eroberungsabsicht. Allein das ist nur eine façon de parler, wie La Mettrie sagte, als ihm im Todeskampfe der Schmerzensruf: Jesus Maria! entfuhr, und ein anwesender Priester ihn deshalb beglückwünschte, zum christlichen Bekenntnis zurückgekehrt zu sein. In der Thronrede, womit im Juli 1870 der Norddeutsche Reichstag eröffnet wurde, hieß es wörtlich: „Das deutsche wie das französische Volk, beide die Segnungen christlicher Gesittung und steigenden Wohlstandes gleichmäßig genießend und begehrend, sind zu einem heilsameren Wettkampfe berufen, als zu dem blutigen der Waffen. Doch die Machthaber Frankreichs haben es verstanden, das wohlberechtigte, aber reizbare Selbstgefühl unseres großen Nachbarvolkes durch berechnete Mißleitung für persönliche Interessen und Leidenschaften auszubeuten". Demgemäß kündigte die Thronrede nicht der französischen Nation, sondern „dem Gouvernement des Kaisers der Franzosen" den Krieg an.

Als dann die deutschen Heere die französische Grenze überschritten, erließ der König von Preußen eine „Proklamation an das französische Volk", worin es hieß: „Nachdem der Kaiser Napoleon die deutsche Nation, welche wünschte und noch wünscht, mit dem französischen Volke in Frieden zu leben, zu Wasser und zu Lande angegriffen hatte, habe ich den Oberbefehl über die deutschen Armeen übernommen, um diesen Angriff zurückzuweisen; ich bin durch die militärischen Ereignisse dazu gekommen, die Grenzen Frankreichs zu überschreiten. Ich führe Krieg mit den französischen Soldaten und nicht mit den Bürgern Frankreichs. Diese werden demnach fortfahren, eine vollkommene Sicherheit ihrer Person und ihres Eigentums zu genießen".

Nachdem jedoch das „Gouvernement des Kaisers der Franzosen" gestürzt war, und die „Bürger Frankreichs" sich bereit erklärten, dem Wunsche der deutschen Nation nach Frieden entgegenzukommen, und zwar indem sie sich zur allerreichlichsten Kriegsentschädigung erboten, wies die preußische Regierung — siehe die halbamtliche Provinzialkorrespondenz vom 14. September 1870 — das Angebot als eine „einfältige Zumutung" zurück und suchte durch eine wahrhaft halsbrecherische Sophistik nachzuweisen, daß die eben mitgeteilten Wendungen des preußischen Königs durchaus nicht das enthielten, was bis dahin alle Welt darin gelesen hatte; nämlich einen Verzicht auf Eroberungen.

Man darf darin aber durchaus nicht eine Irreführung sehen, die etwa geflissentlich von einzelnen Personen angezettelt worden wäre. Wie kein

Kolonial-, so war Bismarck auch kein Eroberungspolitiker, wenigstens nicht in dem Sinne, daß Eroberungen als solche sein Ziel waren. Sie waren ihm höchstens Mittel für seine politischen Zwecke, und er hat wie 1866, so auch 1871 aufs heftigste mit der Militärpartei gekämpft, um die Annexionen wenigstens nach Möglichkeit einzuschränken. Mit Moltke ist er deshalb in unversöhnliche Feindschaft geraten; wie in Moltkes Geschichte des Deutsch-Französischen Krieges der Name Bismarck nicht einmal erwähnt wird, so sind Bismarcks Denkwürdigkeiten von unfreundlichen Aeußerungen über die „Militärs" erfüllt. Aus dem langen Nachhall dieser Kämpfe mag man darauf schließen, wie erbittert sie gewesen sind, aber durchgesetzt hat Bismarck trotz all seiner Macht, wie sie weder vor, noch nach ihm ein preußischer Minister gehabt hat, seinen Willen nicht. Bei der Annexion Elsaß-Lothringens wurden die Grenzen viel tiefer nach Frankreich hineingezogen, als Bismarck dulden wollte.

Setzen wir den Fall, der leitende Minister eines kriegführenden Staates wollte wirklich keine Eroberungen machen und eine Partei böte ihm die Bewilligung der Kriegskredite unter der Bedingung an, daß keine Eroberungen gemacht würden, so würde er als ehrlicher Mann dennoch antworten: Wenn der Krieg unentschieden bleibt, so machen wir keine Eroberungen und noch weniger, wenn wir geschlagen werden, aber wenn wir siegen, so kann ich die gewünschte Bürgschaft nicht übernehmen. Ein siegreiches Heer läßt sich niemals Eroberungen verbieten. Das mag eine unangenehme Tatsache sein, aber bei all seinen Greueln denkt der Krieg immer äußerst radikal, und wer ihm zwar nicht die ganze Hand, aber doch den kleinen Finger reichen will, wird immer unangenehme Erfahrungen machen.

Entweder wird man eines schönen Morgens mit beiden Füßen auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft stehen, oder man wird die wehmütige, jedoch den Politiker nicht eigentlich zierende Klage anstimmen müssen, daß die Dinge ganz anders gekommen seien, als man geglaubt, gehofft und gewünscht habe. (Fortsetzung folgt.)

## Zwei französische Kriegsbücher.

**La paix que nous voulons. (Der Friede, den wir wollen.)** Par **Charles Dumas.** **La Guerre. (Der Krieg.)** Par **Ernest Denis.**

Dumas ist ein noch junger Parteigenosse, aber er ist bereits „ehemaliger Abgeordneter" und zurzeit Kabinettschef von Jules Guesde. Die Broschüre ist ein Kommentar zur Resolution der Londoner Konferenz der sozialistischen Parteien Frankreichs, Englands und einer Minorität der sozialrevolutionären Partei Rußlands. Wie erinnerlich, hatte die Konferenz sich gegen jede Annexion ausgesprochen, hatte verlangt, daß die Bevölkerung aller gewaltsam annektierten Länder „von Elsaß-Lothringen bis zum Balkan" nach ihrem Willen gefragt würde. Die Konferenz hatte schließlich den Wunsch ausgesprochen, daß unmittelbar nach Einstellung der Feindseligkeiten die sozialistischen Parteien aller industriellen Länder zusammentreten, um auf die Schließung des Friedensvertrages einzuwirken. Die Konferenz hatte gegen die Einkerkerung der sozialdemokratischen Dumaabgeordneten protestiert, hatte allen kapitalistischen Regierungen einen Teil der Verantwortung an dem Kriege zugesprochen, kurz, hatte sich in geradezu „unerhörter Weise" benommen, besonders wenn man bedenkt, daß zwei Mitglieder der französischen Regierung (Guesde und Sembat) Delegierte auf dieser Konferenz waren. Dumas' Broschüre antwortet auf

# Kriegsgeschichtliche Probleme.

Von Fr. Mehring.

VI. (Fortsetzung.)

In der bürgerlichen Geschichtschreibung wird seit langem über die Frage gestritten, ob die äußere Politik eines Staates die innere beherrsche oder umgekehrt. Meister Ranke und seine Schule schwört auf die auswärtige Politik als das eigentliche Leitmotiv der geschichtlichen Entwickelung; aus diplomatischen Berichten schöpft sie in erster Reihe ihre Weisheit.

Anders schon diejenigen bürgerlichen Historiker, die mit dem Alten Fritz der Meinung sind, daß diplomatische Verhandlungen ohne Waffen nicht mehr bedeuten als Noten ohne Instrumente. Auswärtige Politik läßt sich nicht ohne ein Heer machen, und das Heerwesen einer Nation wurzelt ganz und gar in ihren inneren Zuständen. Von diesen hängt also auch in letzter Instanz ihre auswärtige Politik ab.

Aber diese Abhängigkeit beschränkt sich nicht auf die Mittel, sondern erstreckt sich auch auf die Ziele der auswärtigen Politik, oder genauer — da die Behauptung und Erweiterung seiner Macht das Ziel jedes Staates ist — auf ihre Wege. So hat man nach einem allgemein gebrauchten, wenn auch allzu allgemein gehaltenen Ausdruck die Kabinettskriege des achtzehnten von den Volkskriegen des neunzehnten Jahrhunderts unterschieden. Wenn die einen wie die anderen durch die innere Politik der Staaten bestimmt worden sind, die sie geführt haben, so wirken sie selbstverständlich auf die innere Politik zurück. Die gegenseitige Beeinflussung der äußeren und inneren Politik ist ebenso unbestreitbar wie die Annahme hinfällig ist, daß die auswärtige Politik den entscheidenden Anstoß gebe.

Der Siebenjährige Krieg war der letzte Kabinettskrieg. Clausewitz erläutert den Begriff so: „Das Kabinett sah sich an als den Besitzer und Verwalter großer Güter, die es stets zu vermehren trachtete, ohne daß die Gutsuntertanen an dieser Vermehrung ein sonderliches Interesse haben konnten. In eben dem Maße, wie sich die Regierung vom Volke trennte und sich als den Staat betrachtete, war der Krieg ein bloßes Geschäft der Regierung, welches sie vermittelst der Taler in ihrem Koffer und der müßigen Herumtreiber in ihren und den benachbarten Provinzen betrieb". Die Schilderung ist vornehmlich dem preußischen Staat abgesehen, wo die Trennung von Heer und Volk so streng durchgeführt wurde, daß die Regierung den Bürgern belagerter Städte bei schwerer Strafe verbot, zum Schutz ihrer Mauern die Waffen zu ergreifen, und daß sie die Bauern als Rebellen betrachtete, die zu Dreschflegeln und Heugabeln gegriffen hatten, um ihre Höfe vor der Verwüstung und ihre Töchter vor der Vergewaltigung durch die einbrechenden Feinde zu schützen.

So treffend Clausewitz die Kabinettskriege schildert, so erkennt er doch nur ihre äußeren Merkmale, aber nicht ihre geschichtlichen Ursachen. Sie waren die Kriege einer bestimmten Periode in der Geschichte des Kapitals, jener Periode, wo die kapitalistische Produktionsweise sich den modernen Absolutismus als wirksamstes Werkzeug ihrer Ausdehnungsbedürfnisse schuf. Alle Staaten, die sich am Siebenjährigen Kriege beteiligten, waren absolute Monarchien, es sei denn, daß der englische Absolutismus durch ein korrumpiertes Parlament und der österreichische Absolutismus durch die

Stände der einzelnen Kronländer eingedämmt wurden. Im wesentlichen war es damals die Aufgabe der Kabinette, den Ausdehnungsbedürfnissen des Kapitals gerecht zu werden.

Die Kabinettskriege wurden nun nach Clausewitz durch die Volkskriege abgelöst, deren Ursprung er in der französischen Revolution von 1789 erblickte. Stellten die Kabinettskriege eine „beschränkte, zusammengeschrumpfte Gestalt des Krieges" dar, so war der Krieg „urplötzlich wieder eine Sache des Volks geworden, und zwar eines Volks von 30 Millionen, die sich alle als Staatsbürger betrachteten". „Mit dieser Teilnahme des Volkes an dem Kriege trat statt eines Kabinetts und eines Heeres das ganze Volk mit seinem natürlichen Gewicht in die Wagschale". Clausewitz besaß zu viel historischen Sinn, um nicht zu erkennen, daß diese „merkwürdige Umwälzung der europäischen Kriegskunst", „die ungeheuren Wirkungen der französischen Revolution nach außen" viel weniger in neuen Ansichten der französischen Kriegführung, als vielmehr in den inneren Umwälzungen des französischen Staats, in der „ganz veränderten Staats- und Verwaltungskunst, in dem Charakter der Regierung, in dem Zustande des Volks usw." wurzelten. Jedoch die „näheren Umstände" blieben ihm unklar. Er zog es vor, sich auf sie „nicht einzulassen" und sich nur an ihre „Resultate" zu halten.

Heute liegen die „näheren Umstände" ganz klar. Der moderne Absolutismus war zwar die erste Staatsform der kapitalistischen Entwickelung, aber er barg noch tausend feudale Bestandteile in sich, die von ihr beseitigt werden mußten, sobald die kapitalistischen Produktivkräfte soweit herangereift waren, um sie als unerträgliche Hemmnisse zu empfinden. Nirgends war die Spannung dieser Gegensätze so scharf wie in Frankreich, denn in England war weder der Druck der feudalen Ueberreste so stark, noch waren in den Staaten des Festlandes die kapitalistischen Produktivkräfte so entwickelt wie in Frankreich. Das historische Wesen der französischen Revolution bestand darin, daß der „dritte Stand" oder wie wir heute sagen die Bourgeoisie, als Träger der Kapitalmacht die lästig gewordene Vormundschaft des Absolutismus abschüttelte und die Welt nach ihrem Bilde umzugestalten unternahm. Daß sie sich dabei einbildete, das ganze Volk zu sein, gehörte zu jenen Illusionen, die nun einmal von allen revolutionären Kämpfen unzertrennlich und für deren siegreiche Durchführung in gewissem Sinne auch unentbehrlich sind. Es ist in der Tat ganz logisch, wenn die neuesten Geschichtsphilosophen, die die Befreiung von allen Illusionen als das höchste Ziel der Menschheit betrachten, den Verzicht auf jeden revolutionären Kampf als ihr radikalstes Heilmittel empfehlen. Man kann einen Menschen, der sich Einbildungen hingibt, nicht gründlicher von dieser Plage befreien, als indem man ihm den Kopf abschlägt, worin seine Einbildungen wuchern.

Die gänzliche Umwälzung des französischen Staats durch die Revolution wälzte auch sein Heerwesen um. Umgekehrt, wie bei Clausewitz, kommt es uns nicht auf die „Resultate", sondern auf die „näheren Umstände" an, wie aus der Revolution die Revolutionskriege von 1792 bis 1815 entstehen konnten. Es gibt darüber eine unermeßliche Literatur, in der namentlich die Frage des Angriffs- und Verteidigungskrieges bis zum Uebermaße durchgedroschen worden ist. Dieser Maßstab versagt aber hier wie er überall versagt.

Nach außen hin begann die Revolution durchaus friedlich, nicht nur aus ihrer Illusion heraus, der Welt ein tausendjähriges Zeitalter allgemeiner Glückseligkeit zu eröffnen, sondern auch unter dem sehr praktischen Gesichtspunkt, daß, ehe sie völlig festen Boden unter den Füßen hätte, ein auswärtiger Krieg nur die erschütterte Macht des Königtums von neuem befestigen würde. Als sich im Jahre 1790 an einer amerikanischen Kolonialfehde — dem Streite Englands und Spaniens um den Nootkasund — abermals ein europäischer Krieg zu entzünden drohte und die französische Monarchie dies Feuer schürte, um ihr Süpplein daran zu kochen, entriß ihr die Nationalversammlung das Recht der Entscheidung über Krieg und Frieden, um sie an diesem Kriege zu hindern, unter heftigem Widerstande des eben vom Hofe gekauften Mirabeau, aber unter dem stürmischen Verlangen der Jakobiner Barnave, Pétion und Robespierre. Auf der anderen Seite betrachteten die europäischen Monarchien die Französische Revolution zunächst unter dem eigensüchtigen und kurzsichtigen Gesichtspunkt, daß sie die Macht ihres gefährlichsten Rivalen, eben des französischen Königs schwäche. Der deutsche Kaiser blieb ganz taub gegen die Hilferufe der französischen Königin, seiner leiblichen Schwester, und der preußische Gesandte in Paris wurde von seiner Regierung angewiesen, gute Freundschaft mit den Jakobinern zu pflegen; Pétion erhielt von ihm urkundliches Material, um es in der Verhandlung zu verwerten, die der französischen Monarchie das Recht der Entscheidung über Krieg und Frieden entriß.

Erst allmählich ergaben sich allerlei Streitigkeiten, bei denen die Unvernunft übrigens meist auf deutscher Seite war. Bei der Abtretung des Elsasses waren den deutschen geistlichen wie weltlichen Standesherren, die in dieser Provinz angesessen waren, ihre feudalen Rechte von Frankreich verbürgt worden. Aber wenn sie diese Rechte gewahrt wissen wollten, auch nachdem die französische Nationalversammlung für das ganze Land mit dem feudalen Unrat aufgeräumt hatte, trotz der reichlichen Entschädigung, die ihnen angeboten wurde, so war das eine nichtsnutzige Auflehnung der Barbarei gegen die Zivilisation. Das gleiche galt von dem Schutze, den die geistlichen Fürsten am Rhein den landesverräterischen Umtrieben des französischen Emigrantengesindels gewährten. Doch würde es zu weit führen, in diese Einzelheiten einzugehen; entscheidend waren schließlich die großen historischen Gegensätze, die hüben und drüben aufeinander stießen und sich auf friedlichem Wege nicht ausgleichen ließen.

Die befreiende Gesetzgebung der Französischen Revolution wirkte aufreizend und aufrüttelnd auf die ausgesogenen und unterdrückten Länder, die Frankreich umgaben, und deren Regierungen kamen nachgerade hinter die später von Metternich bis zur Bewußtlosigkeit abgehaspelte Weisheit, daß man das Feuer im Nachbarhause löschen müsse, wenn man das eigene Haus vor der Feuersgefahr sichern wolle; die landesverräterischen Zettelungen des französischen Königspaares fanden nachgerade in dem Maße geneigteres Gehör beim deutschen Kaiser und namentlich beim preußischen Könige, je verdienter die Demütigungen waren, die es um eben dieser Zettelungen willen von der Revolution zu erdulden hatte.

Die Revolution selbst wieder trat um so selbstbewußter auf, je tiefere Wurzeln sie in dem Boden Frankreichs schlug und in demselben Maße enthüllte sie sich als eine bürgerliche Revolution. Bei den Neuwahlen im

September 1791 gelangten in der französischen Nationalversammlung die Girondisten ans Ruder, die den Krieg mit dem Auslande offen auf ihre Fahne schrieben. Es gehört — oder gehörte wenigstens bis vor kurzem — zu den allerschnurrigsten Einfällen der bürgerlichen Geschichtsschreibung, die Girondisten als verbohrte Doktrinäre darzustellen, die um der republikanischen Staatsform willen die Welt an allen vier Ecken angezündet hätten oder auch als schwärmerische Idealisten, die in „himmelblauen Regionen" geschwebt und höchstens verstanden hätten, „in den kochenden Strudel der Revolution von Zeit zu Zeit einen von Farbenschmelz und Dufttauperlen schimmernden Wortblumenkranz zu werfen". Die Girondisten waren vielmehr eine hart gesottene Bourgeoispartei, die den Krieg aus kapitalistischen Ausdehnungsbedürfnissen wollten und mit diesem erhabenen Zweck den noch erhabeneren Zweck verbanden, die plebejischen Massen, die ihnen zum Siege verholfen hatten, aber nunmehr unbequem geworden waren, als Kanonenfutter im Kampfe mit dem Auslande loszuwerden. Sie benutzten die wachsende Anmaßung der auswärtigen Souveräne, um den nationalen Nerv zu reizen, und es gelang ihnen, die Versammlung im Frühjahr 1792 zur Kriegserklärung an den deutschen Kaiser fortzureißen. Wollte man deshalb aber, wenigstens in formeller Hinsicht, sich zu der Behauptung versteigen, Deutschland habe einen Verteidigungskrieg geführt, so würde man schlagend widerlegt werden durch jenes Manifest, womit das preußische Heer in Frankreich einbrach, jenes berüchtigte Manifest seines Oberbefehlshabers, des Herzogs von Braunschweig, das den Angriffs-, Eroberungs- und Verwüstungskrieg in so offenherzig-schamloser Weise ankündigte, wie es weder vordem noch nachdem geschehen ist.

Die Revolutionskriege von 1792 bis 1815 waren danach revolutionäre Kriege, und sie blieben es auch dann, als sich die Revolution in der militärischen Diktatur Napoleons eine unwiderstehliche Waffe gegen eine Welt von Feinden geschaffen hatte. Aber es war eine bürgerliche Revolution, die sich in ihnen auslebte. Sie waren ebenso ein Kampf mit England um die Herrschaft über den Weltmarkt, wie ein Kampf für die bürgerliche Zivilisation gegen die feudale Barbarei. Dieser Zweck war im wesentlichen mit der Alleinherrschaft Napoleons erreicht; seitdem hatte Frankreich nichts mehr von den Kontinentalmächten zu fürchten und konnte seine Kriege auf den Kampf mit England konzentrieren, das an seinem Teil die Kontinentalmächte mit seinem Golde zu Hilfstruppen gegen Frankreich warb.

In dem kapitalistischen Kriege mit England hat Frankreich nicht gesiegt, wohl aber in dem zivilisatorischen Kriege mit den feudalen Kontinentalmächten. Man darf sich darüber nicht täuschen lassen durch den Sturz Napoleons und die fünfzehn Jahre der bourbonischen Restauration, die ihm folgten. Napoleon ist allein durch die französische Bourgeoisie gefallen, die seiner militärischen Diktatur, in der sie immer nur ein Mittel für ihre Zwecke gesehen hatte, überdrüssig geworden war. Ihre Auflehnung lähmte seine Kraft in dem entscheidenden Winterfeldzuge von 1813 bis 1814. Bei einer gleichen Kraftanstrengung, wie sie Preußen zu gleicher Zeit leistete, hätte Frankreich noch eine Million Kämpfer stellen können, und der zehnte, höchstens der fünfte Teil davon hätte genügt, um den Sieg Napoleons zu sichern; dann wäre Frankreich mit der Rheingrenze noch immer mächtiger

als vor der Revolution gewesen und weitaus die erste Macht des Festlandes geblieben. Aber der kriegerische Genius war für die französische Bourgeoisie eine zu unsichere Kapitalsanlage geworden; sie ließ sich lieber die Rückkehr der schwachköpfigen Bourbonen gefallen, mit denen sie dann auch in der Julirevolution von 1830 leicht fertig geworden ist.

Die Revolutionskriege aber hatten trotz alledem ein neues Europa geschaffen. Wenn man früher wohl gemeint hat: um einen allzu hohen Preis, so wird man heute darüber in mancher Beziehung anders denken. Die über zehn Millionen Menschenleben, die sie nach einer Berechnung Ernst Moritz Arndts gekostet haben sollten, sind nach näherer Prüfung auf weit unter zwei Millionen, von denen etwa der vierte Teil auf Frankreich fällt, herabgesunken, und wahrscheinlich würde eine genauere Statistik noch weit geringere Zahlen ergeben. Die dreiundzwanzig Jahre der Revolutionskriege haben nicht entfernt so viele Verwüstungen und Zerstörungen verursacht, wie das erste Jahr des gegenwärtigen Weltkrieges.

Ihre historische Notwendigkeit wird in ein besonders scharfes Licht gestellt durch die Schmach, die auf dem Frieden lastet, den der preußische Staat im Jahre 1795 in Basel mit der französischen Republik schloß. Es gibt kaum eine andere Episode in der Geschichte der Revolutionskriege, über die das Urteil der Historiker, von Ranke bis Engels, so einstimmig wegwerfend lautet wie über den Baseler Frieden und die zehnjährige Ruhe, die er dem nördlichen Deutschland schuf. Dabei spielt nur nebensächlich mit, daß Preußen bei diesem Frieden seine Verbündeten verriet und das linke Rheinufer preisgab. Erst viel später ist es zum nationalen Bewußtsein geworden, daß der Rhein „Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze" sei, und wenn anders Not kein Gebot kennt, so mußte Preußen den Frieden von Basel schließen, da seine Kräfte und Mittel nach drei Feldzügen so erschöpft waren, daß es den Krieg nicht fortführen konnte. Es mußte deshalb seine Bundesgenossen verlassen, gemäß der preußischen Staatsräson, die der König Friedrich dahin erläutert hatte, die Ehre eines Privatmannes und die Ehre eines Fürsten sei zweierlei. Der Privatmann müsse seinen eigenen Vorteil ohne Schwanken dem Wohle der Gesellschaft opfern; der Fürst aber, der den Vorteil eines großen Volkes im Auge haben solle, müsse sich selbst und seine Verpflichtungen opfern, sobald sie mit dem Wohle seines Volkes in Widerstreit gerieten. „Wir sind unsern Mitteln unterworfen und unsern Fähigkeiten; wenn unsere Interessen wechseln, so müssen wir mit den Bündnissen wechseln. Unser Beruf ist, über das Glück unserer Untertanen zu wachen; sobald wir also Gefahr oder Wagnis für sie in einer Allianz wahrnehmen, müssen wir lieber diese brechen, als jenes aufs Spiel setzen. Darin opfert sich der Souverän für das Wohl seiner Untertanen." Nach dieser Auffassung seines berühmten Oheims konnte sich der preußische König Friedrich Wilhelm II. sogar im hehren Glanze eines Märtyrers sonnen, als er den Frieden von Basel schloß.

Was diesen Frieden mit unvergessener Schmach bedeckt und die zerschmetternde Niederlage von Jena als seine gerechte Strafe erscheinen läßt, ist doch eben der Verzicht auf den Krieg zu einer Zeit, wo um der „Menschheit große Gegenstände" gerungen wurde. Es ist die feige und selbstsüchtige Neutralitätspolitik, die sich ausschaltete aus dem Ringen großer historischer Gegensätze, in denen ein Hüben ein Drüben nur galt. Wenn unter der Vor-

aussetzung der Klassengesellschaft der Friede immer und unter allen Umständen das höchste aller Güter sein soll, so müßten die preußischen Diplomaten, die den Frieden von Basel schlossen, ebenso gefeiert sein, wie sie verachtet sind, zumal da das Jahrzehnt der Ruhe, das dieser Friede dem nördlichen Deutschland bescherte, glorreich genug in der deutschen Geschichte erscheint.

Die Jahre von 1795 bis 1805 waren die Höhe unserer klassischen Literatur und Philosophie. In enger Gemeinschaft schufen Goethe und Schiller ihre unsterblichen Werke; an der Universität Jena lehrten gleichzeitig Fichte, Schelling und Hegel; ja der Baseler Frieden selbst gab den Anstoß zu dem berühmtesten Manifest der bürgerlichen Aufklärung gegen den Krieg, zu Kants „Ewigem Frieden".

## VII.

Kant war nicht der erste, der den „ewigen Frieden" forderte; namentlich den Franzosen St. Pierre und den Engländer Hume hatte er zu Vorläufern, und von beiden ist er angeregt worden. Hume hatte so einfach wie gründlich dem Kriege den Krieg erklärt, indem er schrieb: „Wenn ich jetzt die Nationen im Kriege gegeneinander begriffen sehe, so ist es, als ob ich zwei besoffene Kerle sähe, die sich in einem Porzellanladen mit Prügeln herumschlagen. Denn nicht genug, daß sie an den Beulen, die sie sich wechselseitig geben, lange zu leiden haben, so müssen sie hinterher noch allen den Schaden bezahlen, den sie anrichteten." Diesen Satz hat sich Kant zum Leitstern seiner Schrift genommen, die sich freilich viel behutsamer und weitläufiger ausdrückt.

Obgleich es unbestritten ist, daß der Friede von Basel ihm den Anstoß zu seiner Schrift gegeben hat, so erwähnt sie den Frieden selbst nicht, wenigstens nicht unmittelbar. Mittelbar kann allerdings gleich der erste Satz, womit Kant beginnt, als eine Kritik des Baseler Friedens aufgefaßt werden. Kant schreibt: „Es soll kein Friedensschluß für einen solchen gelten, der mit dem geheimen Vorbehalt des Stoffs zu einem künftigen Kriege gemacht worden." Solchen „geheimen Vorbehalt" enthielt aber der Baseler Frieden, indem sich die preußische Regierung für den Verzicht auf ihre linksrheinischen Besitzungen Entschädigungen in rechtsrheinischen Gebieten ausbedang, die natürlich ihren bisherigen Besitzern erst hätten entrissen werden müssen. Auch die Forderung Kants: „Kein Staat soll sich in die Verfassung und Regierung eines andern Staats gewalttätig einmischen" kann als Verurteilung des preußischen Einmarsches in Frankreich gedeutet werden. Doch sind diese und einige andere kategorische Imperative, die Kant an die Spitze seiner Schrift stellt — stehende Heere „sollen" mit der Zeit ganz aufhören, es „sollen" keine Staatsschulden in Beziehung auf äußere Staatshändel gemacht werden usw. — nur Nebenwerk; der Schwerpunkt der Schrift liegt in dem „ersten Definitivartikel zum ewigen Frieden", worin ausgeführt wird, daß die bürgerliche Verfassung in jedem Staat republikanisch sein müsse, wenn je die Möglichkeit eines ewigen Friedens geschaffen werden solle.

Diese Forderung paßte nun zu der damaligen Lage wie die Faust aufs Auge, denn die französische Republik zeigte handgreiflich, daß ihre Ver-

fassung sie keineswegs hinderte, Kriege zu führen. Allein Kant unterschied zwischen der demokratischen und der republikanischen Staatsverfassung. Die demokratische Staatsverfassung ist nach ihm gerade die ärgste Form des Despotismus, unerträglicher noch als die „Obergewalt eines Einzigen", „weil sie eine exekutive Gewalt gründet, da alle über und allenfalls auch wider Einen (der also nicht mit einstimmt), mithin alle, die doch nicht alle sind, beschließen, welches ein Widerspruch des allgemeinen Willens mit sich selbst und mit der Freiheit ist." Dagegen trennt die republikanische Staatsverfassung die gesetzgebende von der ausführenden Gewalt; sie läßt die repräsentative Regierungsform zu, die mit der Monarchie und der Aristokratie möglich, mit der Demokratie aber, „weil alles da Herr sein will", unmöglich ist.

Wie nun die also erläuterte republikanische Staatsverfassung die Kriege beseitigen und den ewigen Frieden herbeiführen soll, führt Kant so aus: „Wenn (wie es in dieser Verfassung nicht anders sein kann) die Beistimmung der Staatsbürger dazu erfordert wird, um zu beschließen, ob Krieg sein solle oder nicht, so ist nichts natürlicher, als daß, da sie alle Drangsale des Krieges über sich selbst beschließen müßten (als da sind: selbst zu fechten, die Kosten des Krieges aus ihrer eigenen Habe herzugeben; die Verwüstung, die er hinter sich läßt, kümmerlich zu verbessern; zum Uebermaße des Uebels endlich noch eine, den Frieden selbst verbitternde, nie [wegen naher immer neuer Kriege] zu tilgende Schuldenlast selbst zu übernehmen), sie sich sehr bedenken werden, ein so schlimmes Spiel anzufangen. Da hingegen in einer Verfassung, wo der Untertan nicht Staatsbürger, die also nicht republikanisch ist, es die unbedenklichste Sache von der Welt ist, weil das Oberhaupt nicht Staatsgenosse, sondern Staatseigentümer ist, an seinen Tafeln, Jagden, Lustschlössern, Hoffesten und dergleichen durch den Krieg nicht das Mindeste einbüßt, diesen als wie eine Art von Lustpartie aus unbedeutenden Ursachen beschließen, und der Anständigkeit wegen dem dazu allezeit fertigen diplomatischen Korps die Rechtfertigung desselben gleichgültig überlassen kann." In dem letzten Satz stimmt Kant mit dem König Friedrich überein, wenn auch in keinem andern Satze. Denn was man sonst immer diesem König nachsagen mag, so hat er niemals einen Krieg „aus unbedeutenden Ursachen wie eine Art von Lustpartie" angefangen und sich auch keineswegs im Kriege persönlich geschont; freilich hat er auch nie seine Untertanen über Krieg oder Frieden abstimmen lassen, wodurch nach Kant der ewige Friede angebahnt worden wäre.

Mit größerer Kindlichkeit, als in diesem „Traktat" Kants, läßt sich über die Kriegs- und Friedensfrage nicht wohl reden. Aber das ist kein Vorwurf, der Kant persönlich, sondern die bürgerliche Aufklärung überhaupt trifft, zu deren hervorragendsten Wortführern er gehörte. Es ist in doppelter Hinsicht bezeichnend, daß der einzige unserer Klassiker, der in damaligen Staatssachen um sich wußte, Wilhelm v. Humboldt, die Schrift ganz auf die leichte Achsel nahm, nur daß ihm ihr „manchmal wirklich zu grell durchblickender Demokratismus" einigen Kummer verursachte. Kant hätte es gar nicht nötig gehabt, in dem Vorwort der Schrift eine „clausula salvatoria" anzubringen, das heißt die vorsichtige Bemerkung, da der praktische Politiker mit großer Selbstgefälligkeit auf den theoretischen Politiker als auf einen Schulweisen herabsehe, der dem Staate, der von Erfahrungsgrundsätzen

ausgehen müsse, mit seinen sachleeren Ideen keine Gefahr bringe, so werde der weltkundige Staatsmann hinter Kants auf gut Glück gewagten und öffentlich geäußerten Meinungen keine Gefahr für den Staat wittern. Im Jahre vor der Veröffentlichung der Schrift war Kant wegen „Entstellung und Herabwürdigung mancher Grund- und Hauptlehren der Heiligen Schrift und des Christentums" zur Verantwortung gezogen worden, aber in seiner Propaganda für den „ewigen Frieden" und die „republikanische Staatsverfassung" hat ihn kein „weltkundiger Staatsmann" gestört, trotz des lebhaften Beifalls, den sie in den Kreisen der bürgerlichen Aufklärung fand.

In gewissem Sinne war die bürgerliche Aufklärung eine einzige große Illusion, wodurch sie freilich, den heutigen Illusionsvernichtern zum Trotz, nicht aufgehört hat, eine weltgeschichtliche Erscheinung zu sein. Aber sie war es nirgends so sehr, wie in ihrem Kampfe gegen den Krieg. Sie hat den Krieg mit allen Waffen bekämpft, über die sie verfügen konnte, mit schneidender Logik, mit beißendem Witze, mit höhnischem Spott, mit flammendem Zorn, aber dem Kriege auch nur einen Strohhalm in den Weg zu legen, ist ihr versagt geblieben. Im Gegenteil wurde der Krieg in der bürgerlichen Gesellschaft ein viel stärkerer Hebel der geschichtlichen Entwickelung, als er je in der feudalen Gesellschaft gewesen war. Die bürgerliche Aufklärung beschoß den Krieg mit Raketen, die ein mehr oder minder grelles Licht auf ihn warfen, was diesen robusten Burschen keinen Augenblick bekümmerte, aber nie mit Kugeln, die ihn überhaupt nur verwundeten, geschweige denn ins Herz trafen. Sie konnte ihm schon deshalb nicht an den Leib, weil er für sie, bei allem furchtbaren Nachdruck, womit er seine Gegenwart bemerkbar machte, doch ein unsichtbarer Gegner blieb; sie verstand nichts von seinen Ursachen und seinem Wesen, und deshalb tappte sie völlig im Dunkeln, wenn es auf die Frage ankam, wie er beseitigt werden könne.

Aber wenn Kant mit seinem in der Tat „sachleeren" Entwurf zum „Ewigen Frieden" nur das Schicksal der bürgerlichen Aufklärung teilt, so kann die bürgerliche Aufklärung wieder nicht dafür verantwortlich gemacht werden, daß sie nicht über ihren Schatten zu springen vermochte. Sie war die Ideologie einer bestimmten Klasse, deren Sieg einen großen Fortschritt der menschheitlichen Entwickelung darstellte, wenn auch nicht ihr letztes Ziel, wie sie sich selbst einbildete. Sie von dieser Einbildung zu kurieren, war die Fortdauer des Krieges das gründlichste Mittel, allein die bürgerliche Aufklärung hätte sich von dem Boden lösen müssen, worin sie wurzelte, sie hätte aufhören müssen, sie selbst zu sein, wenn sie den Krieg als unveräußerlichen Bestandteil der bürgerlichen Gesellschaft hätte erkennen und namentlich auch einsehen sollen, daß er sich in dieser Gesellschaft um so breiter entfalten müsse, je höher sie selbst über früheren Gesellschaftsformationen stand. Sie suchte den ungebetenen Gast deshalb mit allen Mitteln menschlicher Beredsamkeit aus ihrem Hause zu scheuchen, und wenigstens soviel darf man ihr nachrühmen, daß sie diese Arbeit gründlich getan hat; seit hundert Jahren ist kein Gedanke für die Notwendigkeit des Friedens und die Verwerflichkeit des Krieges laut geworden, der sich nicht schon in den Schriften der Montesquieu, Voltaire und Rousseau, der Kant, Fichte und Herder fände.

Von diesem glänzenden, aber unfruchtbaren Erbe hat der moderne Sozialismus und die moderne Arbeiterbewegung nur allzu viel übernommen:

gerade von der schwächsten Seite der bürgerlichen Aufklärung hat er sich am wenigsten emanzipiert. War die bürgerliche Kritik dem Kriege gegenüber auf die Flüche oder Gebete beschränkt, womit mittelalterliche Mönche die Pest oder sonstige verheerende Seuchen bekämpften, so durfte die proletarische Kritik den Krieg untersuchen, wie der Arzt, der vor allen Dingen die wirklichen Ursachen der Krankheit erforscht, um danach ihre Heilmittel zu bemessen. Es hat gewiß auch daran nicht gefehlt, aber es ist doch immer viel zu viel an sittlicher Entrüstung über den Krieg verbraucht und viel zu wenig an wirklichem Studium des Krieges geleistet worden.

Gewiß — die Greuel des Krieges sind so furchtbar, daß sie in jedem menschlich empfindenden Menschen zunächst Empörung und Entsetzen erwecken. So wird man inmitten einer verheerenden Seuche viel größere Teilnahme für die Kranken empfinden als für den Arzt, der in scheinbarer Gefühllosigkeit seines Amtes waltet. Aber der gefühlloseste Arzt nützt dem Kranken immer noch mehr, als ihm unsere innigste Teilnahme nützen kann. So ist der kleinste Beitrag zur wirklichen Erkenntnis des Krieges immer noch wertvoller als die herrlichste Zornrede gegen den Krieg. Worauf es uns ankommen muß, ist nicht, die moralische Unvernünftigkeit des Krieges zu beweisen — denn das besorgt der Krieg schon selbst —, sondern die historische Vernunft zu erkennen, den er innerhalb der Klassengesellschaft hat. Hat man die erfaßt, so steht man auf festem Boden auch gegenüber dem Kriege, unter wie überwältigenden Eindrücken er immer hereinbrechen mag, während die flammendste Empörung über den Krieg noch nicht die geringste Bürgschaft dafür bietet, daß sie zur ebenso flammenden Begeisterung für den Krieg wird, sobald sein eherner Tritt die Welt erschüttert.

Die eigentümliche Schwierigkeit der Aufgabe, die hier zu lösen ist, besteht darin, daß sie die Dinge *erkennen* soll, wie sie sind, ohne daß die *Erkenntnis* der Dinge je die Grenze überschreitet, wo sie sich in eine *Anerkennung* verwandelt. Das ist uns zwar andern Erscheinungen der Klassengesellschaft gegenüber ganz geläufig, aber nicht ebenso gegenüber dem Kriege, der nun einmal, wie keine andere geschichtliche Erscheinung, die Leidenschaften bis auf den Grund aufregt. Bei jeder unbefangenen Untersuchung der Kriege und ihrer Ursachen läuft man auf der einen Seite die Gefahr, als Anhänger des Militarismus zu erscheinen, wie auf der andern Seite die Gefahr, dem Militarismus allzu große Zugeständnisse zu machen.

Das läßt sich namentlich auch an den namhaften Sozialisten studieren, die sich eingehend mit Kriegsfragen beschäftigt haben. Der alte Bürkli wurde verketzert, weil er das „fromme Volk der Hirten" ein für allemal aus der schweizerischen Geschichte warf und an ihre Stelle derbe Kriegsgesellen setzte, deren menschlich nicht eben anmutenden Gestalten seine offenbare Sympathie gehörte. So mußte sich Engels, als er die preußische Militärreform der sechziger Jahre in einer meisterhaften Schrift nach ihren geschichtlichen Zusammenhängen beleuchtete, von einem so bedeutenden Militärschriftsteller wie Rüstow war, der Sehnsucht nach einem preußischen Orden bezichtigen lassen, während sich immerhin nicht bestreiten läßt, daß Engels in seinen militärwissenschaftlichen Ausführungen manchmal an den Ton offizieller Schlachtenbulletins streift. Selbst ein so hervorragender Geist, wie Engels war, entzog sich schwer den beschränkenden Einwirkungen des geschichtlichen Stoffs, worin er wissenschaftlich arbeitete; in dem amerikanischen Sezessions-

kriege verleitete ihn mitunter die stramme Kriegführung der Südstaaten, an deren Sieg zu glauben, während Marx, der sich in kriegswissenschaftlichen Fragen stets nur als Laien betrachtet, unbeirrt an dem Siege der Nordstaaten festhielt.

Man muß jedoch versuchen, zwischen der Scylla und der Charybdis hindurchzusegeln, denn mit dem bloßen Verwünschen des Krieges ist nichts Nützliches getan und nichts Schädliches verhütet.

## VIII.

Die französische Revolution von 1830 übte zwar einen gewissen Rückschlag auf einzelne Länder aus, aber eine europäische Revolution wurde erst wieder durch die Erhebung des französischen Volkes hervorgerufen, die im Februar 1848 dasselbe gefeierte Königtum der Bourgeoisie stürzte, das im Juli 1830 hergestellt worden war. Jedoch obgleich diese Revolution das europäische Festland bis an die russische Grenze in ihre Strudel riß, entzündete sie dennoch nicht den Revolutionskrieg, den niemand lebhafter forderte als Marx und Engels.

Die „Neue Rheinische Zeitung" rief unaufhörlich zum Kriege gegen Rußland auf. „Nur der Krieg mit Rußland ist ein Krieg des revolutionären Deutschlands, ein Krieg, worin es die Sünden der Vergangenheit abwaschen, worin es sich ermannen, worin es seine eigenen Autokraten besiegen kann, worin es, wie einem die Ketten länger, träger Sklaverei abschüttelnden Volke geziemt, die Propaganda der Zivilisation mit dem Opfer seiner Söhne erkauft und sich nach Innen frei macht, indem es nach Außen befreit." Und als im Herbste wegen der schleswig-holsteinischen Frage ein europäischer Krieg auszubrechen drohte, schrieb das Blatt: „Der Krieg würde ein Krieg Deutschlands gegen Preußen, England und Rußland sein. Und gerade solch ein Krieg tut der einschlummernden deutschen Bewegung not; ein Krieg gegen die drei Großmächte der Konterrevolution, ein Krieg, der Preußen in Deutschland aufgehen macht, der gerade gegen die alten konterrevolutionären Alliierten Deutschlands von 1792 bis 1815 gerichtet ist, ein Krieg, der das Vaterland in Gefahr bringt und gerade dadurch rettet, indem er den Sieg Deutschlands vom Siege der Demokratie abhängig macht." Es ist weder zu dem einen, noch zu dem andern Kriege gekommen, und zwar aus Schuld der Bewegung nicht, deren Wortführer Marx und Engels waren.

Ohne jeden Zweifel hatten sie recht, und die historische Entwickelung hat ihnen auch recht gegeben, wenn sie den Krieg mit den konterrevolutionären Mächten forderten, um die Revolution zu retten. Was sie im anderen Falle befürchteten, ist wirklich geschehen, der eiserne Fuß Rußlands zertrat am letzten Ende den revolutionären Brand. Aber wenn der Krieg das letzte Heil- und Hilfsmittel, wie der Klassengesellschaft überhaupt, so auch der bürgerlichen Revolution ist, so hat die bürgerliche Revolution doch ihr eigenes Gesetz. Sie ist nicht ein Produkt gesellschaftlicher Not, wie die proletarische Revolution, sondern umgekehrt ein Produkt gesellschaftlichen Wohlbefindens. Die Bourgeoisie gebietet schon über den Reichtum der Gesellschaft, ehe sie nach der politischen Gewalt verlangt, allein wenn deren Eroberung Gut und Blut verlangte, so war der Bourgeoisie ihr Gut und Blut doch viel zu kostbar, um es auf den Barrikaden oder den Schlachtfeldern zu opfern. Das überließ sie stets andern Leuten, und am liebsten dem Proletariat, das

nach ihrer Meinung nur um ihretwillen auf der Welt ist. Und so lange die Arbeiterklasse selbst dieses naiven Glaubens lebte und sich einbildete, daß sie ihre gesellschaftliche Not aufheben kann, indem sie das gesellschaftliche Wohlbefinden der Bourgeoisie vermehrt, so lange ging die Sache auch sehr gut, wie die Revolution von 1789 bewiesen hat und die Revolutionskriege, die ihr folgten.

Aber in der Revolution von 1848 zeigte sich alsbald, daß sich das Proletariat nicht einfach mehr als Kanonenfutter von der Bourgeoisie gebrauchen ließ. Die Pariser Junischlacht von 1848 war ein weitleuchtendes Fanal, das aller Welt von der beginnenden Aufklärung der Arbeiterklasse zeugte. Seitdem verlor die Bourgeoisie die Lust an Revolutionen und Revolutionskriegen. Sie schrieb ihre ideologischen Forderungen überhaupt in den Schornstein und war nur noch auf die möglichst reichliche Erzeugung von Profit bedacht. Und dazu brauchte sie schließlich die politische Gewalt nicht selbst zu besitzen. Schon in den Jahren 1848 und 1849 begann die Bourgeoisie der beiden großen Kulturvölker, deren politische Zerrissenheit der kapitalistischen Profiterzeugungsmaschine die schwersten Hindernisse bereitete, ihre hilfeflehenden Blicke auf diejenigen Einzelstaaten zu richten, deren Regierungen ihren ideologischen Anschauungen zwar am fernsten standen, aber über das schlagfertigste Heer geboten: die deutsche Bourgeoisie auf Preußen, die italienische auf Piemont. Indessen so schnell wie sie hofften, gelang das Bündnis nicht; man verstand sich gegenseitig noch nicht recht, und namentlich die umworbenen Regierungen blickten noch mit einigem Mißtrauen auf die umwerbenden Schönen.

Erst nach einem Jahrzehnt war man in mancherlei Not und Plage zu einem gegenseitigen Verständnis gelangt, und es folgten die Kriege von 1859, von 1866 und von 1870/71, in denen sich immer noch revolutionäre, aber auch schon reaktionäre Elemente so wunderlich mischten, daß sie selbst unter ehrlichen und konsequenten Revolutionären mancherlei Zwiespalt hervorrufen konnten und hervorgerufen haben. (Schluß folgt.)

---

## Notiz.

**Ein Jahr Geldpapierwirtschaft.** Was man vor dem Kriege für unmöglich gehalten hat, die Rückkehr zur Geldpapierwirtschaft der kapitalistisch entwickelten Länder, ist während dieses Krieges zur Tatsache geworden. Der Verkehr bedient sich fast in allen Ländern ausschließlich des Papiergeldes, von den wenigen Scheidemünzen abgesehen. Die meisten Länder haben auch Goldausfuhrverbote erlassen. England hält nominell an der Goldwährung fest, aber nur in den Vereinigten Staaten ist diese unantastbar geblieben.

Auf die tiefgehenden wirtschaftlichen Folgen dieser Erscheinung soll vorläufig nicht eingegangen werden: ist doch eine völlig klare und rücksichtslose Darlegung aller Folgen aus bekannten Gründen noch unmöglich. Hier sollen vielmehr bloß einige Zahlen zur Beleuchtung der Tatsache an und für sich angeführt werden.

Die Bank von England hat ihren Notenumlauf relativ am geringsten erhöht. Er ist von 580 Millionen Mark am 24. Juli 1914 auf 675 Millionen Mark am 21. Juli 1915 angestiegen. Damit ist aber die Menge des in England umlaufenden Papiergeldes keineswegs erschöpft. Vielmehr kommen noch Currency Notes hinzu, die zu Beginn des Krieges herausgegeben worden sind, um den Bedarf an kleinen Zahlungsmitteln, vor allem um den Banken und Akzept-

der Sozialdemokratie. Unter den bürgerlichen Parteien ist keine einzige, die sich hierunter das vorstellt, was wir darunter begreifen.

Auch Herr Thimme ist ein Beweis dafür, daß das, was die Mitarbeiter an diesem Buche aus dem bürgerlichen Lager geschrieben haben, private Ansichten sind, die jeder von ihnen allein vertritt, für die aber sehr wenige Männer in den bürgerlichen Parteien mit ihnen einstehen. Es ist ein künstlicher Burgfriede, auch ein aufgezwungener Burgfriede, der durch diese bürgerlichen Abhandlungen weht: Sie suchen sich der Polemik zu enthalten, freilich gelingt es ihnen nicht ganz, nicht einmal dem bürgerlichen Herausgeber völlig. In der Burgfriedenstimmung sollte man wohl auch nicht gestört werden durch das Aufwerfen der Frauenfrage, die gerade der Krieg in den Vordergrund gestellt hat.

Will man ein sozialistisches Ergebnis, wenn man all seinen guten Willen zusammennimmt, aus dem gesamten Buche ziehen, so ist es das, daß wir doch nicht in der besten aller Welten leben. Für uns Sozialdemokraten wirklich keine neue Entdeckung! Ich glaube, wir Sozialdemokraten werden bei aller Anerkennung des besten Willens guter Menschen trotz dieses Buches nicht die Möglichkeit haben, anders die Verwirklichung unserer Hoffnungen und die Durchsetzung unserer Gegenwartsforderungen zu erreichen, als wenn wir als eine große Zusammenfassung proletarischen Willens mit konzentrierter Kraft die Massen des arbeitenden Volkes erfüllen mit der Einheit des Strebens, mit der Erkenntnis der eigenen und der dem Proletariat entgegenstehenden Kräfte und mit dem gesteigerten Entschluß, durchzuhalten und sich durchzusetzen.

---

# Kriegsgeschichtliche Probleme.

Von **Fr. Mehring.**

IX. (Schluß.)

In den Kriegen um die italienische und um die deutsche Einheit mischten sich revolutionäre und reaktionäre Elemente, aber doch bei den einen wie bei den anderen nicht in gleicher Weise. Es ist ein sehr zweifelhaftes Lob, wenn die Treitschke und Genossen rühmen, 1866 und 1870/71 habe es sich um eine „geordnete politische Aktion" gehandelt, 1859 und 1860 aber um „rohe und tumultarische Wege". Das soll doch nur heißen, daß die mittel- und süditalienischen Staaten sich ihre Zwingherren selbst vom Halse schafften und die revolutionäre Bewegung stark genug war, sich in dem Freischärler Garibaldi einen nationalen Helden zu schaffen.

Das eigentliche Schwert Italiens war freilich jener „militärisch-jesuitische" Staat, der halb aus dem italienischen Leben herausgewachsen war und zudem noch die Hilfe eines auswärtigen Despoten durch die Opferung von ein paar Provinzen erkaufen mußte, um die österreichische Fremdherrschaft abzuschütteln und ein einiges Italien zu schaffen. Immerhin — wenn der Mittelstaat Piemont nach den traurigen Erfahrungen von 1848/49 nicht wagen konnte, mit der habsburgischen Macht auf eigene Faust allein anzubinden, so war er dadurch auch gehindert, seinen Stempel der italienischen Einheitsbewegung aufzudrücken. Sein leitender Minister Cavour, der nach der herkömmlichen Vorstellung die italienische Einheit

„gemacht" hat, stammte zwar aus einem bigotten und reaktionären Junkergeschlecht, hatte sich aber als italienischer Patriot von den Ueberlieferungen seiner Klasse zu lösen verstanden und leistete alles, was die Bourgeoisie von einem „modernen Staatsmann" verlangt oder wenigstens verlangte. Denn das geflügelte Wort, das Cavour noch auf dem Sterbebett über den Belagerungszustand geäußert hat, möchte sie heute wohl nicht mehr unterschreiben, weder in Italien noch sonstwo.

Bei alledem aber — indem die italienische Einheitsbewegung sich gegen die österreichische Fremdherrschaft richtete, jedoch zu deren Bekämpfung die Hilfe des falschen Bonaparte in Paris anrief, der ihm diese Hilfe nur gewährte, um seine wankende Säbelherrschaft zu stützen, brachte sie die europäische und insbesondere die deutsche Revolution in eine überaus schwierige Lage. Denn weder ein einfaches Ja noch ein einfaches Nein war möglich, wenn man nicht entweder die illegitime oder die legitime Gegenrevolution unterstützen wollte. Wie schwer zu entscheiden war, was die Aufgabe der Demokratie in solcher Lage der Dinge sei, zeigt der lebhafte Streit, in den Lassalle mit Engels und Marx über diese Frage geriet.

Bisher hat darüber Lassalle so gut wie allein das Wort gehabt, in seiner Broschüre über den italienischen Krieg und die Aufgabe Preußens, sowie in seinen Briefen an Engels und Marx. Neuerdings hat nun auch Engels wenigstens insofern sein Recht erhalten, als Genosse Bernstein die beiden von Engels verfaßten Flugschriften aus den Jahren 1859 und 1860: „Po und Rhein", sowie: „Savoyen, Nizza und der Rhein" neu herausgegeben hat. Allerdings fehlen noch immer die Briefe, die Engels über die Frage an Lassalle gerichtet hat, und sie lassen eine sehr fühlbare Lücke; wenn sich erst aus den Briefen Lassalles die „unterirdischen Argumente" erkennen lassen, die seine politische Taktik im Jahre 1859 bestimmten, so würde das gleiche bei Engels der Fall sein. Denn auch er hat seine „unterirdischen Argumente" gehabt, und wenn man sich an seine Flugschriften allein hält, so lassen sie mindestens ebenso große Mißverständnisse zu, wie die Broschüre Lassalles, wenn man diese für sich liest, und sie sind denn auch schon von einzelnen Parteiblättern in einer Weise mißverstanden worden, die man unter anderen Umständen kaum begreifen könnte.

Es versteht sich, daß Engels für die legitime wie für die illegitime Gegenrevolution gleich wenig übrig hatte. Seine erste Flugschrift: „Po und Rhein" richtete ihre eigentliche Spitze gegen die legitime Gegenrevolution. Als im Frühjahr 1859 der Krieg Piemonts und seines französischen Bundesgenossen gegen Oesterreich um die österreichischen Besitzungen in Norditalien auszubrechen drohte, gab die Wiener Hofburg die Parole aus, daß am Po der Rhein verteidigt werden müsse, mit anderen Worten, sie beanspruchte die Waffenhilfe des Deutschen Bundes, um ihren italienischen Besitz zu verteidigen. Gegen diesen Versuch, die Aufrechterhaltung der österreichischen Fremdherrschaft in Italien als ein deutsches Interesse zu verteidigen, erhob sich Engels; er verurteilte diese Fremdherrschaft in den schärfsten Worten und wies in seiner ersten Flugschrift, wie er in der zweiten sagt, „militärwissenschaftlich nach, daß Deutschland kein Stück zu seiner Verteidigung von Italien brauche und daß Frankreich, wenn bloß

militärische Gründe gelten sollten, allerdings noch viel stärkere Ansprüche auf den Rhein habe, als Deutschland auf den Mincio". Engels wollte damit den Deutschen möglich machen, mit reinen Händen in den erwarteten Kampf zu gehen.

So weit, so gut. Aber Engels erklärte, so hinfällig das Stichwort sei, wonach der Rhein am Po verteidigt werden müsse, so habe es doch seine volle Berechtigung gegenüber den Drohungen und Rüstungen Bonapartes. Mit richtigem Instinkt werde in Deutschland herausgefühlt, daß, wenn der Po für Napoleon der Vorwand sei, der Rhein unter allen Umständen sein Endziel sein müsse. Nur ein Krieg um die Rheingrenze könne die Blitze ableiten, die seine Herrschaft bedrohten. Nicht um den Po sei es ihm zu tun, sondern um den Rhein. Er schlage den Sack und meine den Esel; wenn sich aber Italien veranlaßt sehe, den Sack vorzustellen, so habe Deutschland keine Lust, den Esel abzugeben. In diesem Fall habe die Behauptung des Po die Bedeutung, daß Deutschland, mit einem Angriff bedroht, bei dem es sich in letzter Instanz um den Besitz einiger seiner besten Provinzen (nämlich der Rheinlande) handele, in keiner Weise daran denken könne, eine seiner stärksten, ja geradezu seine stärkste militärische Position (nämlich die Lombardei und Venetien) ohne Schwertstreich aufzugeben. In solchem Sinne sei allerdings Deutschland bei der Verteidigung des Po interessiert. Am Vorabend eines Krieges, wie im Kriege selbst, besetze man jede benutzbare Stellung, von der aus man den Feind bedrohen und ihm schaden könne, ohne moralische Reflektionen darüber anzustellen, ob dies mit der ewigen Gerechtigkeit und dem Nationalitätenprinzip vereinbar sei. Man wehre sich eben seiner Haut.

Das klingt sehr einleuchtend, allein wenn man einen Blick auf die Folgen dieser von Engels vorgeschlagenen Politik wirft, so erkennt man sofort, daß er darin nicht seinen ganzen Gedanken ausgesprochen haben kann. Hätte sich Oesterreich, gestützt auf seine italienischen Provinzen und unterstützt durch den Deutschen Bund mit Erfolg seiner Haut gewehrt, so hätte es auch seine „stärkste militärische Position" dauernd behalten, und niemand hätte es daran hindern können. Mit anderen Worten, es wäre bei der österreichischen Fremdherrschaft in Italien geblieben, die Engels doch so rücksichtslos wie nur möglich verurteilte. Ferner wäre es bei der österreichischen Hegemonie über Deutschland geblieben und die elende Bundesverfassung wäre galvanisiert worden. Endlich, falls das siegreiche Oesterreich das bonapartistische Regiment in Frankreich gestürzt hätte, so hätte es an dieser Stelle ein bourbonisches Regiment gesetzt, was, wenn nicht den Teufel durch Belzebub, so doch einen Teufel durch den anderen Teufel vertreiben hieß.

Um zu verstehen, wo hinaus Engels wollte, muß man sich die europäische Gesamtlage vergegenwärtigen, so wie sie sich für ihn und Marx darstellte. Sie hatten auf die Krise von 1857 große Hoffnungen im Sinne einer neuen revolutionären Aera gesetzt, und diese Hoffnungen hatten sich erfüllt, soweit es auf Frankreich ankam, dessen Proletariat zu gären begann, während auch die Bourgeoisie unzufrieden wurde mit dem Bonapartismus, der ihr nicht mehr gute Geschäfte verbürgte. Um die drohende Mißstimmung zu beschwichtigen, unternahm Bonaparte das kriegerische Abenteuer gegen Oesterreich, die Vormacht des Deutschen Bundes, das nun,

wie Engels und Marx meinten, auch eine revolutionäre Bewegung in Deutschland auslöste.

In seiner zweiten Flugschrift sagte Engels darüber: „Die ursprüngliche Bewegung war wirklich national, viel nationaler als alle Schillerfeste von Archangel bis San Franzisko; sie entstand naturwüchsig, instinktiv, unmittelbar. Ob Oesterreich recht oder unrecht hatte — war ihr zunächst gleichgültig. Einer von uns wurde angegriffen, und zwar von einem Dritten, der mit Italien nichts zu schaffen, aber desto mehr Interesse an der Eroberung des linken Rheinufers hatte — und diesem gegenüber — Louis Napoleon, den Traditionen des alten französischen Kaiserreichs gegenüber — müssen wir alle zusammenstehen. Das fühlte der Volksinstinkt und er hatte recht." Es fragt sich, ob dieser „Volksinstinkt", ob die „naturwüchsige Bewegung" überhaupt da war. Aus seiner genaueren Kenntnis der deutschen Zustände heraus bestritt es Lassalle aufs entschiedenste; in der antifranzösischen Stimmung, die sich namentlich in Süddeutschland geltend machte, sah er keinen revolutionären Widerstand gegen das Gift und den Schmutz des Bonapartismus, sondern eine neue Auflage der reaktionären Franzosenfresserei von ehedem, die nicht genährt, sondern ausgerottet werden müßte; ein national verhetzter Krieg zwischen Deutschland und Frankreich war für Lassalle eine furchtbare Niederlage der europäischen Kultur.

Eine andere Voraussetzung, von der Engels und Marx ausgingen, war die Annahme eines französisch-russischen Bündnisses, das einen Weltkrieg zu entzünden beabsichtige. Marx wies in der „New York Tribune" nach, daß die bonapartistische Befreiung Italiens nur ein Vorwand sei, Frankreich unterjocht zu erhalten, Italien dem Staatsstreich zu unterwerfen, die „natürlichen Grenzen" Frankreichs nach Deutschland zu verlegen, Oesterreich in ein russisches Instrument zu verwandeln und die Völker in einen Krieg der legitimen mit der illegitimen Konterrevolution hineinzuzwingen. Nach Engels aber war die Unterstützung Oesterreichs durch den Deutschen Bund der entscheidende Augenblick, wo Rußland aktiv in den Kampf eintreten werde, um für Frankreich das linke Rheinufer zu ergattern und in der Türkei freie Hand zu bekommen. Was Engels für diesen Fall erwartete, sprach er in einem Briefe an Lassalle aus, der den Satz wörtlich in seiner Antwort zitiert: „Vive la guerre, wenn Franzosen und Russen zugleich uns angreifen, wenn wir dem Ertrinken nahe sind, denn in dieser verzweifeltsten Situation müssen sich alle Parteien von der jetzt herrschenden bis zu Zitz und Blum abnützen und die Nation, um sich zu retten, sich endlich an die energischste Partei wenden." Engels sah also Deutschland durch das französisch-russische Bündnis aufs schwerste bedroht, und er meinte es durchaus ehrlich mit seiner Forderung, es müsse zunächst jede militärische Position behaupten, aber er erwartete den Sieg Deutschlands nicht von den deutschen Regierungen, sondern von der deutschen Revolution, womit dann freilich die deutsche Bundesverfassung, die österreichische Fremdherrschaft in Italien und das bonapartistische Kaiserreich gleich gründlich beseitigt worden wären.

Lassalle an seinem Teil bestritt nun zwar nicht das französisch-russische Bündnis, soweit es wirklich bestand, aber er glaubte nicht an den europäischen Krieg, mit dem es schwanger gehen sollte. Im besonderen führte er aus, daß der französische Staatsstreichkaiser nach seiner ganzen Lage niemals an einen Weltkrieg denken könne, ohne den das linke Rheinufer

nicht zu haben war. In der Tat genügte die bloße Mobilmachung des preußischen Heeres, das damals kein sehr gefährlicher Gegner war, um dem falschen Bonaparte wie dem Zaren alle kriegerischen Gelüste auszutreiben. Jener schloß mit Oesterreich den überstürzten Frieden von Villafranca, der Oesterreich im Besitze Venetiens ließ, und dieser sandte zum Ueberfluß noch einen Generaladjutanten ins französische Hauptquartier, um Frieden zu gebieten. Engels selbst erwähnt die Tatsache in seiner zweiten Flugschrift und gibt auch die sehr triftigen Gründe an, die den Zaren vor einem Kriege zurückschrecken ließen: die Gärung in Polen, die Schwierigkeiten der Bauernemanzipation und die noch immer nicht überwundene Erschöpfung des Landes, die der Krimkrieg hinterlassen hatte.

Ueberblickt man das urkundliche Material, soweit es heute noch vorliegt, so ergibt sich, daß die Auffassung Lassalles sich von der Auffassung der Londoner Gesinnungsgenossen gar nicht so weit unterschied, wie sie gegenseitig annahmen. Allen dreien stand die Emanzipation der Arbeiterklasse über jeder anderen Rücksicht, aber allen dreien war die nationale Wiedergeburt Deutschlands eine unumgängliche Vorstufe zu diesem Ziele. Jedoch so national sie immer dachten, so unterschieden sie trotzdem — oder vielmehr eben deswegen — zwischen der deutschen Nation und den deutschen Regierungen. Deren Sturz war für sie die nationale Wiedergeburt. Engels und Marx wollten durch die revolutionäre Strömung, die sie in den Massen der deutschen Nation voraussetzten, die deutschen Regierungen in den Krieg gerissen sehen, während Lassalle das Vorhandensein einer revolutionären Strömung bestritt, wohl aber die Kriegslust, die er bei den deutschen Regierungen voraussetzte, den Massen als reaktionär und volksfeindlich denunzieren wollte, um in ihnen eine revolutionäre Strömung zu erzeugen.

Der schnelle Friedensschluß hat verhindert, daß die Probe auf das eine oder das andere Exempel gemacht wurde. Die Zerbrechlichkeit aller dieser Voraussetzungen, die sich aus der überaus verzwickten Lage ergab, leuchtet heute von selbst ein. Engels und Marx irrten sowohl darin, daß sie eine revolutionäre Bewegung in Deutschland, als auch darin, daß sie eine unmittelbare Bedrohung Deutschlands durch das französisch-russische Bündnis voraussetzten. In beiden Beziehungen urteilte Lassalle richtiger, aber seine Rechnung beruhte schließlich auch auf einer sehr problematischen Voraussetzung, nämlich auf der Auffassung, daß sich aus einer schweren Niederlage eine revolutionäre Bewegung entwickeln könne.

Diese Anschauung ist ja auch sonst sehr verbreitet, hat aber schon oft zu schweren Enttäuschungen geführt. Lassalle schrieb selbst einmal im Verlaufe des Streits mit Marx und Engels: „Nie war unser Königtum populärer, als 1807, und Aehnliches könnte wiederkehren." Er wollte damit sagen: verekeln wir den Massen den drohenden Krieg nicht, so wird die Niederlage das Volk erst recht mit den Regierungen verbinden. Nun war das preußische Königtum im Jahre 1807 durchaus nicht „populär"; der Haß gegen die „Federbüsche" war vielmehr sehr groß, aber eine schwere Niederlage entkräftet vor allem die Massen, und der unmittelbare Druck der Not, die der auswärtige Feind verursacht, wirkt viel zu stark, um die immer doch nur erst reflektierte Ueberzeugung aufkommen zu lassen, daß die Genossin im Unglück, die eigene Regierung, die eigentliche Schuld an dem Unheil trage.

Was 1807, oder um die Sache allgemeiner zu fassen, was Preußen nach Jena und bis zu einem gewissen Grade auch nach Olmütz, was Rußland nach Sewastopol, was Oesterreich nach Königgrätz beweist, ist die Tatsache, daß schwere Niederlagen eines Staats innere Reformen herbeiführen können, die den Massen gewisse Erleichterungen verschaffen mögen, aber ihre Grenze und ihr Ziel darin finden, daß sie die durch ihre Niederlage erschütterte Klassenherrschaft von neuem befestigen. 1815 stand die preußische Adelsherrschaft auf viel festeren Füßen als 1805. Der Krieg denkt nicht nur sehr radikal, sondern auch sehr konsequent; er weiß, daß er mit der Klassengesellschaft steht und fällt, und er ist stets darauf bedacht, die Wunden zu heilen, die er ihr schlägt, während er denen, die der Klassengesellschaft und damit auch dem Kriege ein für allemal abgesagt haben, mit Vorliebe einen Possen spielt.

Die Spekulation auf Kriege und Kriegsgewinne ist für eine Arbeiterpartei immer ein sehr zweischneidiges Spiel, das Engels, Marx und Lassalle auch stets vermieden haben, es sei denn, daß der Hader zwischen der legitimen und der illegitimen Gegenrevolution sie in eine Zwangslage brachte, die die Freiheit ihrer Entschlüsse einschränkte.

## X.

Im Kriege von 1866 war die Beimischung revolutionärer Elemente viel geringer als im Kriege von 1859. Zwar war die deutsche Bourgeoisie seit den Tagen von Olmütz trefflich gediehen, und sie begehrte nach der deutschen Einheit, jedoch nur im Sinne der nacktesten und niedrigsten Profitinteressen. Der Volkswirtschaftliche Kongreß, der die feudal-zünftigen Schranken weggeräumt haben wollte, die den Umtrieb der kapitalistischen Maschinerie hemmten, wurde eine Art öffentlicher Macht und gewann einen gewissen Einfluß auf die Regierungen; an die Stelle der Rochow, die dem „beschränkten Untertanenverstande" überhaupt nicht gestatten wollten mitzureden, traten die Delbrück, die wenigstens „das Geheimnis unserer Zeit" darin entdeckten, „keine Zinsen zu verlieren". Aber der deutsche Nationalverein, der die politischen Ideale der deutschen Bourgeoisie verfolgen sollte, brachte es nur zu einem verkümmerten Zerrbilde des italienischen Musters.

Während Cavour von dem italienischen Nationalverein vorangetrieben wurde, sträubte sich der deutsche Nationalverein sogar dagegen, von Bismarck vorangetrieben zu werden. Als Bismarck bei Ausbruch des Krieges von 1866 Herrn v. Bennigsen, den „Mirabeau der Lüneburger Heide" und Präsidenten des Nationalvereins, dazu aufforderte, die provisorische Regierung des Königreichs Hannovers zu übernehmen, weigerte sich der liberale Staatsmann dieses hochverräterischen Beginnens. Selbst wenn Bismarck ihr den Steigbügel hielt, wagte die deutsche Bourgeoisie nicht, den Gaul zu besteigen, der am Ende doch durchgehen konnte, und Bennigsen hat noch zwanzig Jahre später ein welfisches Organ wegen Injurien belangt, weil es ihm — allerdings ganz ungerechterweise — nachgesagt hatte, er habe es im Jahre 1866 an der nötigen Ehrerbietung und Treue gegen den angestammten Welfenkönig fehlen lassen. Während die italienische Bourgeoisie mit allen Mittel- und Kleinstaaten kurzen Prozeß gemacht hatte, wollte die deutsche Bourgeoisie sie Krone bei Krone erhalten und wurde an der Durch-

führung dieses patriotischen Programms nur dadurch gehindert, daß Bismarck selbst einige davon kassierte.

Bismarck war Großpreuße, und wenn man anders von niemandem verlangen kann, daß er aus seiner eigenen Haut fahren soll, so trifft weniger ihn, als die deutsche Bourgeoisie die Schuld daran, daß sich die deutsche Einheit viel langsamer und unvollständiger vollzog als die italienische. Der Krieg von 1866 führte nur zu dem ganz unfertigen Gebilde des Norddeutschen Bundes; nicht nur die Deutschen Oesterreichs, sondern auch alle Süddeutschen waren ausgeschlossen, und eine Brücke über den Main zu schlagen, verbot der französische Staatsstreichkaiser. So wenig wie Cavour war Bismarck ohne die Hilfe des Auslandes fertig geworden, wenn er sie auch als Minister eines Großstaats nicht in gleich demütigenden Formen anzusprechen brauchte. Sein Bündnis mit Italien beruhte auf einer ganz natürlichen Gemeinsamkeit der Interessen, und den Völkerbeglücker an der Seine hielt er sich nach Möglichkeit vom Leibe, indem er ihn mit halben Worten hinhielt, wenn er auch nicht hindern konnte, daß dessen Einspruch den Siegeslauf der preußischen Waffen hemmte.

Der Krieg von 1866 hat nun noch ein besonderes Interesse unter dem Gesichtspunkt des Angriffs- oder Verteidigungskrieges. Bismarck gilt als sein je nachdem gefeierter oder verwünschter Anstifter, und es läßt sich auch nicht leugnen, daß er diesen Krieg mit allen Kräften vorbereitet hat, man möchte sagen, mit einer Art nachtwandlerischer Sicherheit, zum Aerger und Entsetzen der ihm Nächststehenden. Schon ehe er Minister wurde, sagte er als Botschafter zu den ihm vorgesetzten Minister v. Bernstorff: „Ernennen Sie mich zu Ihrem Unterstaatssekretär, dann mache ich mich anheischig, Ihnen binnen vier Wochen einen Bürgerkrieg bester Qualität zu liefern." Als Bismarck dann auf Befürwortung des Kriegsministers Roon zum Ministerpräsidenten ernannt worden war, begann er damit, der Budgetkommission des widerspenstigen Abgeordnetenhauses zu erklären, daß die deutsche Frage nur durch Blut und Eisen zu lösen sei, worauf Roon beim Nachhausegehen brummte, Bismarck möge doch auf solche Scherze verzichten, die die konservative Sache nur schädigen könnten. Noch deutlicher war ein dritter Fall. In einer Sitzung des Staatsministeriums, die unter dem Vorsitze des Königs stattfand, wurde die schleswig-holsteinische Frage beraten, und Bismarck befürwortete die Annexion der Elbherzogtümer in demselben Sinne, worin sie später das Mittel geworden ist, Oesterreich aus Deutschland hinauszudrängen. Der König aber befahl dem Protokollführer, diese Ausführungen Bismarcks nicht ins Protokoll aufzunehmen, da sie offenbar unter der Nachwirkung eines allzu reichlichen Frühstücks gesprochen seien und ihre urkundliche Verewigung ihrem Urheber nicht angenehm sein würde.

Preußische Historiker haben nun Bismarck von dem Vorwurf eines Angriffskrieges entlasten wollen, indem sie darauf hinwiesen, daß er am liebsten sich gütlich mit Oesterreich geeinigt hätte, sei es durch den Vorschlag einer gemeinsamen Beherrschung Deutschlands, sei es durch die Aufteilung Deutschlands zwischen Preußen und Oesterreich nach dem Laufe des Mains. Dadurch habe Bismarck bewiesen, daß er nach Möglichkeit den Krieg mit Oesterreich habe vermeiden wollen. Nun ist richtig, daß Bismarck an solchen Versuchen beteiligt gewesen ist, zuletzt noch im Mai 1866, als der Krieg schon unmittelbar drohte, aber es heißt Bismarcks Andenken schwerer be-

lasten als es verdient, wenn man annehmen wollte, er habe je ein Unding geplant, wie eine gemeinsame Beherrschung Deutschlands durch Preußen und Oesterreich oder gar eine dauernde Zerreißung Deutschlands nach der Mainlinie, die schon sprichwörtlich als der gefährlichste Verrat an der deutschen Nation galt. Er hat sich an solchen Versuchen nur beteiligt, um den mächtigen Gegnern seiner Kriegspolitik, an deren Spitze der König und der Kronprinz standen, praktisch ihre Unmöglichkeit zu beweisen und durch ihre diplomatische Ausnutzung die Dinge so weit zu treiben, bis sie auf der Spitze des Schwertes standen.

Im Jahre 1866 hat Bismarck „der Heuchelei dürftige Maske" verschmäht, und sich wenig darum gekümmert, ob man ihn für den Anstifter des Krieges hielt. Die Frage des Angriffs- oder Verteidigungskrieges überließ er, ähnlich wie der alte Fritz, den Kriegsmanifesten, wo sie dann freilich nicht entbehrt werden können, und ganz ähnlich hat sich Moltke ausgelassen. Bismarck war kein kriegslustiger Mann und hat wiederholt, wie namentlich im Jahre 1875, die Kriegspartei an einem Präventivkrieg gehindert. Er hielt den Schlachtengott für einen sehr unsicheren Kantonisten, dem man nicht über den Weg trauen und mit dem man sich nur einlassen dürfe, wenn ein Lebensinteresse des Staates gefährdet sei. Und als preußischer Minister sah er die Zukunft des preußischen Staates tödlich gefährdet, wenn nicht endlich den steten Bemühungen, mit Hilfe der verrotteten Bundesverfassung Preußen „erst zu demütigen und dann zu vernichten", die nach dem geflügelten Worte des österreichischen Ministers Schwarzenberg von den Tagen von Olmütz bis zu den Tagen des Frankfurter Fürstenkongresses von 1863 unablässig von Oesterreich betrieben wurden, ein unzerbrechlicher Riegel vorgeschoben würde.

Selbstverständlich war das Lebensinteresse des preußischen Staates nichts weniger als das Lebensinteresse der deutschen Nation, und die Stellung der Sozialisten war 1866 sehr vereinfacht, da die deutsche Bourgeoisie spottwenig von revolutionärem Drange verriet. Um so stärker mußte der Wille sein, der großpreußischen Politik zu widerstehen, wenn auch freilich um so schwächer die Kraft. War die Revolution unmöglich, so blieb nur die saure Wahl zwischen dem österreichischen oder dem preußischen Siege.

Lassalle hatte längst die Hoffnung auf eine deutsche Revolution aufgegeben, und seine Nachfolger sahen in dem preußischen Siege ein schweres Uebel zwar, aber doch das kleinere Uebel gegenüber dem Siege Oesterreichs.

Engels und Marx hielten eine deutsche Revolution noch immer nicht für ausgeschlossen und wünschten den Preußen „heillose Prügel"; noch drei Wochen vor Königgrätz rechnete Engels mit einer Rebellion der preußischen Landwehr. Aber als die Entscheidung bei Königgrätz gefallen war, fanden sie sich mit ihr als mit einer unabänderlichen Tatsache ab.

Bebel und Liebknecht aber erkannten zwar auch die Unmöglichkeit einer Revolution, aber sie wünschten den Sieg Oesterreichs, als Vorbedingung einer Revolution. Bebel sagt darüber in seinen Denkwürdigkeiten: „Höchstwahrscheinlich hätte die österreichische Regierung nach einem Siege versucht, in Deutschland reaktionär zu regieren. Aber sie hätte alsdann nicht nur das gesamte preußische Volk, sondern auch den größten Teil der übrigen Nation, einschließlich eines guten Teils der österreichischen Bevölkerung, gegen sich gehabt. Wenn eine Revolution sicher war und Aussicht auf Erfolg hatte,

so gegen Oesterreich. Die demokratische Einigung des Reiches wäre die Folge gewesen. Der Sieg Preußens schloß das aus." Und zwar, wie Bebel dann noch weiter ausführt, weil Oesterreich seiner ganzen Struktur nach ein innerlich schwacher, Preußen aber ein innerlich starker Staat gewesen sei.

Die ganze Rechnung ist so verwickelt, daß man dahingestellt lassen muß, ob Bebel nicht durch seine Erinnerung getäuscht worden ist. Jedenfalls kämpften er wie Liebknecht weiter, um die geschichtliche Entscheidung rückgängig zu machen, die bei Königgrätz gefallen war.

## XI.

Nicht so einfach, wie im Jahre 1866, war die Politik Bismarcks im Jahre 1870. Er hat sich damals im Glanze eines gerechten Verteidigungskrieges gegen einen ruchlosen Angriff sonnen dürfen und die Gelegenheit weidlich ausgenützt, aber seitdem hat er reichlich den Wandel des Glücks erfahren, und heute lastet auf ihm eher der Verdacht, den Krieg von 1870 ohne Not angezettelt zu haben, obgleich er noch zu vermeiden gewesen wäre.

Das ist insofern richtig, als es für ihn eine Möglichkeit gab, den Krieg zu vermeiden, nämlich wenn er den Sturz des schon in allen Fugen krachenden Kaiserreichs in Paris abgewartet und dann die Vereinigung der süddeutschen Staaten mit dem Norddeutschen Bunde betrieben hätte. Das aber lag nicht im Zuge einer großpreußischen Politik, denn dann wäre es nicht ohne bedeutende Zugeständnisse an die freieren Zustände Süddeutschlands abgegangen. Bismarck selbst hat es später wiederholt gesagt, die Süddeutschen seien nur zu gewinnen gewesen, „wenn wir ihnen zeigten, daß wir *die Franzosen schlagen könnten*", *d. h. also durch Furcht, was nicht an sich*, aber im Sinne der großpreußischen Politik richtig war. Dem entsprach es auch durchaus, daß Bismarck den freiwillig angebotenen Eintritt Badens in den Norddeutschen Bund ablehnte, um den französischen Kaiser nicht zu reizen, sondern diesem lieber in der spanischen Thronkandidatur eines hohenzollernschen Prinzen „eine Falle stellte", wie Lothar Bucher sich ausgedrückt hat.

Bucher konnte es besser als irgend wer wissen, denn er war von Bismarck nach Spanien gesandt worden, um die Frage zu „studieren", und auf seinen günstigen Bericht hin betrieb Bismarck die hohenzollernsche Kandidatur, obgleich sowohl der König wie der Kandidat selbst sich lange dagegen sträubten. Bismarck selbst hat bekanntlich stets dies sein Werk verleugnet, und man muß gestehen, daß es sicherlich kein Meisterstück seiner diplomatischen Kunst war. *Nach dem normalen Laufe der Dinge mußte* die spanische Thronkandidatur des hohenzollernschen Prinzen mit einer diplomatischen Schlappe für ihn enden, und er hatte diese Schlappe in der Tat schon weg, als das tollwütige Gebaren des französischen Ministers Gramont ihm wieder Oberwasser verschaffte. Aber das war unmöglich vorherzusehen, zumal da Gramont noch gar nicht Minister war zur Zeit, wo Bismarck die spanische Intrige einfädelte.

Seitdem sich herausgestellt hat, daß Bismarck keineswegs das unschuldige Lamm gewesen ist, als das er 1870 erschien, ist er in begreiflicher, aber übertriebener Rückwirkung zu schwer als der alleinige Urheber des damaligen Krieges belastet worden. Zur Zeit, wo Bucher in Spanien „studierte", verhandelte der Erzherzog Albrecht in Paris und der fran-

zösische Generalstäbler Lebrun in Wien über ein französisch-österreichisches Kriegsbündnis gegen den Norddeutschen Bund, und der König von Italien war, nach seinem eigenen Zugeständnis, nur zu bereit, der Dritte in diesem Bündnis zu werden. Die Sache war sehr weit gediehen, wenn auch noch nicht abgestempelt und untersiegelt, worauf übrigens sehr wenig ankam. Die erste deutsche Niederlage hätte sofort Stempel und Unterschrift geliefert, während die Schnelligkeit der deutschen Siege das Dreibündnis auch dann zerrissen hätte, wenn es schon abgestempelt und unterschrieben gewesen wäre.

Was uns jedoch an diesem Kriege besonders interessiert, ist die Stellung, die die deutsche Sozialdemokratie zu ihm nahm, die zum ersten Male durch ihre parlamentarische Vertretung sozusagen offiziell an der Führung des Krieges mitzuwirken hatte. Es hat sich darüber im Laufe der Jahrzehnte eine Legende gebildet, deren Kritik nicht sowohl im historischen Interesse — denn damit hätte es Zeit bis nach dem gegenwärtigen Kriege, zumal da es sich um eine echte Legende handelt, die den wahren Gehalt einer historischen Situation gerade dadurch epigrammatisch zusammenfaßt, daß sie mit Ort und Zeit willkürlich umspringt — notwendig ist, als wegen der politischen Schlußfolgerungen, die aus ihr auf die gegenwärtige Taktik der Partei gezogen worden sind.

Die Sozialdemokratie war 1870 im Reichstage durch die Eisenacher (Bebel, Liebknecht) und die Lassalleaner (Schweitzer, Hasenclever, Fritzsche, Mende) vertreten. Die beiden Fraktionen hatten, wie schon erwähnt worden ist, zu den Ereignissen von 1866 eine verschiedene Stellung eingenommen. Die Lassalleaner hatten sich auf den Boden des Norddeutschen Bundes gestellt, während die Eisenacher diesen Bund nach wie vor bekämpften. Gemäß ihrer besonderen Stellung entschied sich jede der beiden Fraktionen, als im Juli an den Norddeutschen Reichstag die Forderung gestellt wurde, einen Kriegskredit in Höhe von 120 Millionen Talern zu bewilligen.

Da der Krieg auf französischer Seite schlechterdings keinen anderen Zweck hatte, als die staatliche Neubildung des Jahres 1866 zu zertrümmern, so bewilligten die Lassalleaner die Kredite; sie konnten gar nicht anders handeln, wenn sie nicht ihre bisherige Politik verleugnen wollten. Ebenso konsequent würden die Eisenacher oder genauer Bebel und Liebknecht — denn ein großer Teil dieser Fraktion teilte die Auffassung der Lassalleaner —, an ihrem Teil gehandelt haben, wenn sie die Kredite verweigert hätten, denn sie hielten den Norddeutschen Bund für das Verderben der deutschen Nation. Liebknecht wollte denn auch zunächst die Kredite einfach verweigern. Allein schließlich mußten auch die Eisenacher der Zwangslage, die in all diesen Kriegen von 1859 bis 1871 für die Arbeiterklasse bestand, ihren Zoll entrichten, indem sie sich nur der Abstimmung enthielten.

So scheint jeder von beiden Teilen vollkommen konsequent und logisch gehandelt zu haben. Allein so einfach lag die Sache bei alledem nicht. Es gab da noch feinere Unterschiede. Zum richtigen Verständnis der Sachlage ist es notwendig, hier den Wortlaut des „motivierten Votums" herzusetzen, das Bebel und Liebknecht am 21. Juli 1870 im Norddeutschen Reichstage abgaben. Es lautete:

Der gegenwärtige Krieg ist ein dynastischer Krieg, unternommen im Interesse der Dynastie Bonaparte, wie der Krieg von 1866 im Interesse der Dynastie Hohenzollern. Die zur Führung des Krieges dem Reichstage abverlangten Geldmittel

können wir nicht bewilligen, weil dies ein Vertrauensvotum für die preußische Regierung wäre, die durch ihr Vorgehen im Jahre 1866 den gegenwärtigen Krieg vorbereitet hat. Ebensowenig können wir die geforderten Geldmittel verweigern, denn es könnte dies als Billigung der frevelhaften und verbrecherischen Politik Bonapartes aufgefaßt werden.

Als prinzipielle Gegner jedes dynastischen Krieges, als Sozialrepublikaner und Mitglieder der Internationalen Arbeiterassoziation, die ohne Unterschied der Nationalität alle Unterdrücker bekämpft, alle Unterdrückten zu einem gemeinsamen Bruderbund zu einigen sucht, können wir uns weder direkt noch indirekt für den gegenwärtigen Krieg erklären und enthalten uns daher der Abstimmung, indem wir die zuversichtliche Hoffnung aussprechen, daß die Völker Europas, durch die jetzigen unheilvollen Ereignisse belehrt, alles aufbieten werden, um sich ihr Selbstbestimmungsrecht zu erobern und die heutige Säbel- und Klassenherrschaft als die Ursache aller staatlichen und gesellschaftlichen Uebel zu beseitigen.

Man sieht auf den ersten Blick, daß diese Urkunde zwei ganz verschiedene Gesichtspunkte enthält; die konkrete Begründung der Stimmenthaltung und den prinzipiellen Protest gegen den Krieg, wie er vom sozialistischen Standpunkt aus geboten, aber von den Lassalleanern unterlassen worden war. Hierüber empfand Karl Marx große Genugtuung; zum ersten Male war in einer offiziellen Körperschaft, und zwar in einer weltgeschichtlichen Frage, das Banner der Internationalen Arbeiterassoziation frank und frei entfaltet worden. In diesem „Moment" sei, wie Marx einen Monat später an Engels schrieb, die „Prinzipienreiterei un acte de courage" gewesen, und er habe sie in einem Briefe an Liebknecht gebilligt.

Schon die Wahl seiner Worte beweist, daß Marx eben nur die prinzipielle Seite des „motivierten Votums" bei seiner Billigung im Auge hatte, nicht aber die konkrete Begründung der Stimmenthaltung, die erstens keine „Prinzipienreiterei", eher das Gegenteil war, zweitens die Stellung der Unterzeichner nicht bloß für den „Moment" festlegte und drittens auch keine „mutige Tat" in dem Sinne darstellte, daß sie als solche ihre Rechtfertigung in sich selber trug. Hätte Marx den acte de courage in solchem Sinne gemeint, so hätte er dasselbe Lob in noch höherem Grade dem braven Thiers erteilen müssen, der in der französischen Kammer heftig gegen den Krieg sprach, obgleich die Mamelucken des Kaiserreichs mit wütenden Schmähungen um ihn tobten, oder den bürgerlichen Demokraten vom Schlage der Favre und Grevy, die sich nicht der Abstimmung über die Kriegskredite enthielten, sondern sie einfach ablehnten, obgleich der patriotische Lärm in Paris mindestens so gefährlich war wie in Berlin.

In der Tat hat die Stimmenthaltung Bebels und Liebknechts im Juli 1870 nirgends einen besonderen Eindruck gemacht, wie sich noch heute aus den damaligen Zeitungen feststellen läßt. Mindestens ebenso sehr hielt sich die bürgerliche Presse über die längst vergessene Tatsache auf, daß die Lassalleaner Fritzsche und Hasenclever sowie der bürgerliche Demokrat Wigard bei der Verlesung des Adreßentwurfs, womit der Reichstag die Thronrede beantwortete, sitzen geblieben waren, weil sie, wie Hasenclever in einer Reklamation an ein bürgerliches Blatt sagte, „die eigene Arbeit des Hauses nicht durch Aufstehen ehren" wollten. Hasenclever war es dann freilich wieder, der bei der damaligen Verfeindung der sozialdemokratischen Fraktionen die Stimmenthaltung Bebels und Liebknechts am eifrigsten

gegen sie ausnutzte und am 26. Juli in einer Leipziger Arbeiterversammlung deshalb heftig mit ihnen aneinander geriet.

Wichtiger war, daß die Stimmenthaltung in der Tat keine praktische Politik, sondern nur eine moralische Demonstration war, die, so berechtigt sie an sich sein mochte, den politischen Anforderungen der Lage nicht genügte. Was im privaten Leben möglich und je nachdem ausreichend ist, nämlich zwei Streitenden zu sagen: Ihr habt beide Unrecht und ich mische mich nicht in euren Zank, das gilt nicht im staatlichen Leben, wo die Völker den Streit der Könige ausbaden müssen. Die praktischen Folgen einer unmöglichen Neutralität zeigten sich in der nichts weniger als klaren und konsequenten Haltung, die der „Volksstaat" in den ersten Kriegswochen einnahm. Sie erregte bei Engels und Marx großes Mißvergnügen; Engels spottete über die „amüsante Behauptung", weil Bismarck ein ehemaliger Spießgeselle Bonapartes sei, solle der wahre Standpunkt sein, sich neutral zu verhalten; wenn das die allgemeine Meinung in Deutschland sei, so hätten wir bald wieder den Rheinbund. Seine ausführliche Darlegung — in seinem Briefe vom 15. August 1870 an Marx —, weshalb die Arbeiterklasse die Niederlage des Bonapartismus und den Sieg Deutschlands befördern müsse — eine Darlegung, der Marx völlig zustimmte —, ist in neuerer Zeit oft abgedruckt worden, so daß sie hier aus räumlichen Rücksichten fortbleiben kann.

Der Fehler der Stimmenthaltung war, daß Liebknecht und Bebel den Krieg wesentlich unter moralischem Gesichtspunkt betrachteten. Es war ihre ehrliche Ueberzeugung, denn sie haben daran auch später festgehalten; man braucht nur einen Blick in Liebknechts Schrift über die Emser Depesche oder in Bebels Denkwürdigkeiten zu werfen, um sich davon zu überzeugen. Freilich, was in der ersten Hälfte des Krieges ihre Schwäche war, das wurde in seiner zweiten Hälfte zu ihrer Stärke. Mit dem Tage von Sedan endeten jene „Revolutionen von oben", wie man die Kriege von 1859, 1866 und 1870 nennen kann; was danach kam, enthielt nicht mehr auch nur das kleinste revolutionäre Atom, sondern war historisch die reinste Reaktion und gestattete der sozialdemokratischen Partei wieder eine zugleich praktische und prinzipielle Politik. Alle ihre Fraktionen haben diese Freiheit sofort benutzt; auch die Lassalleaner haben die Annexion Elsaß-Lothringens bekämpft und die Pariser Kommune freudig begrüßt, aber Liebknecht und Bebel haben den Kampf mit so glühendem Eifer, mit so herausfordernder Kühnheit, genug, mit einem so erschöpfenden Aufgebot der höchsten moralischen Eigenschaften geführt, daß sich der Ruhm jener Tage mit vollem Recht in erster Reihe an ihre Namen knüpft. Nur daß die im Laufe der Jahre und Jahrzehnte allmählich entstandene Legende daneben trifft, die in dem schwächsten Punkt der Position, die Liebknecht und Bebel damals glorreich behauptet haben, ihren stärksten Punkt erblicken will.

Sucht man in der Vergangenheit nach Präzedenzfällen, die die Politik der Gegenwart bestimmen können, so liegt auf der Hand, daß die Abstimmungen vom 21. Juli 1870 für diesen Zweck nicht dienen können, weder das Ja der Lassalleaner, noch die Stimmenthaltung Bebels und Liebknechts: Diese Voten wurden in einer Zwangslage abgegeben, die durch die „Revolution von oben" geschaffen war und schon im Jahre 1859 Engels und Lassalle zum Gebrauch „unterirdischer Argumente" gezwungen hatten.

Maßgebend für die Gegenwart könnte nur die Taktik der Gesamtpartei in den Tagen nach Sedan sein.

XII.

Indes ist es immer gescheiter, nicht nach Präzedenzfällen zu handeln, sondern nach Prinzipien. Denn die Geschichte wiederholt sich niemals, so häufig sie immer beweisen mag, daß sich aus ähnlichen Voraussetzungen ähnliche Folgen ergeben. So hat der gegenwärtige Krieg durchaus nichts gemein mit der Kriegsära von 1792 bis 1815, in der die Revolution von unten, noch mit der Kriegsära von 1859 bis 1870, in der die Revolution von oben die treibende Kraft war.

Wohl aber ähnelt er als kapitalistischer Kolonial- und Weltkrieg auf ungleich höherer Stufenleiter dem Siebenjährigen Kriege. Er hat mit ihm die Ermattungsstrategie gemein und den völligen Ausschluß der Völker von irgendeiner Einwirkung auf die Führung des Krieges. Allein auch hier ergibt sich ein grundtiefer Unterschied. Im Siebenjährigen Kriege gab es in keinem der kriegführenden Länder eine revolutionäre Klasse, wie es deren heute in jedem von ihnen gibt, nur daß sie sich fast überall freiwillig mit dem bescheidet, was den Bürgern und Bauern im Europa des 18. Jahrhunderts schon beschieden gewesen ist.

Doch ist es unmöglich, während des Krieges diesen Unterschied zu beleuchten, und nach dem Kriege wird es überflüssig sein, denn dann werden seine Folgen eindringlich genug selbst sprechen.

---

# Vom Wirtschaftsmarkt.

## Die neue Kriegsanleihe und die Reichsverschuldung.

**Die dritte Kriegsanleihe. — Erhöhter Emissionskurs. — Erleichterung der Zahlungsbedingungen. — Heranziehung der kleinen Sparer. — Lage des Geldmarktes. — Ursache des Rückganges der Geldflüssigkeit. — Beteiligung der Darlehnskasse. — Einfluß der ersten beiden Kriegsanleihen auf die Sparkassen. — Wechselschulden des Reiches. — Umtausch der Reichsschatzwechsel gegen Kriegsanleihe. — Kriegsgewinnsteuer und Kriegsanleihe. — Zunehmende Reichsverschuldung.**

Berlin, 11. September 1915.

Die lang angekündigte dritte 5prozentige Kriegsanleihe liegt bis zum 22. September zur Zeichnung auf. Die Kriegsausgaben des Reiches, die sich nach der Angabe des Reichsschatzsekretärs Dr. Helfferich während der letzten Monate durchschnittlich auf 65—70 Millionen Mark pro Tag beliefen, haben zu einer derartigen neuen Belastung der Reichsbank geführt, daß eine Erleichterung sich als nötig erweist. Nach dem Reichsbankausweis vom 7. September ist infolge der Hergabe von Geldmitteln gegen Reichswechsel und Reichsschatzanweisungen die Summe des Wechselbestandes der Reichsbank bereits wieder auf 5067 Millionen Mark angewachsen, und der Notenumlauf stellt sich auf 5560 Millionen Mark. Das sind zwar niedrigere Posten, als sie der Ausweis vom Ende März d. J., vor der Aufnahme der zweiten Kriegsanleihe, aufwies; es muß aber beim Vergleich in Berücksichtigung gezogen werden, daß voraussichtlich in den nächsten Wochen beide Posten weiter steigen werden, besonders zum Quartalsschluß, zu dem erfahrungsgemäß der Begehr nach Zahlungsmitteln stets erheblich anschwillt.